



Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften (IPK)  
der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW

Rechenschaftsbericht  
zum Studienjahr 2019/20

Vorgelegt vom Vorstand

Prof. Dr. Daniela Pollich, Prof. Dr. Vanessa Salzmänn, Prof. Dr. Christian Wickert

Duisburg, Münster und Gelsenkirchen, September 2020

# Inhalt

<b>IPK – INSTITUT FÜR POLIZEI- UND KRIMINALWISSENSCHAFTEN.....</b>	<b>2</b>
Grundlagen.....	2
Strukturen .....	2
Weitere Ziele und Aufgaben.....	3
Entwicklungen im Berichtsjahr.....	4
<b>SCHWERPUNKTE UND TÄTIGKEITEN IM STUDIENJAHR 2019/20.....</b>	<b>6</b>
Intern geförderte Projekte.....	8
Drittmittel- und Auftragsforschung, sonstige Forschungsk Kooperationen.....	17
Veranstaltungen und Veranstaltungskooperationen .....	24
Publikationen unter Beteiligung von Mitgliedern des IPK.....	25
Externe Tagungen und Vorträge von Mitgliedern des IPK .....	30
Gutachtertätigkeiten, Medienpräsenz und weitere Aktivitäten.....	33
<b>RESSOURCENVERWENDUNG 2019/20 .....</b>	<b>36</b>
<b>PLANUNG 2020/21 .....</b>	<b>38</b>
Interne Projektförderung: Weiterführung von langfristigen Forschungsprojekten.....	38
Interne Projektförderung: Neue Projekte .....	38
Drittmittel- und Auftragsforschung: Weiterführung von langfristigen Forschungsprojekten .....	39
Veranstaltungen .....	40

# **IPK – Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften**

## **Grundlagen**

Das Institut für Polizei- und Kriminalwissenschaften (IPK) entfaltet – entsprechend § 3 (5) FHGÖD und auf der Basis eines im Dezember 2011 vom Präsidium und Forschungsbeirat genehmigten Konzepts – seine Tätigkeit im Bereich der Grundlagen- und anwendungsorientierten Forschung, Beratung sowie Projektbegleitung in verschiedenen Arbeitsbereichen.

Grundsätzlich gilt, dass im IPK jede der an der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung (HSPV) NRW angesiedelten Disziplinen mit Einzelprojekten, Drittmittelforschung, Auftragsarbeiten und Publikationen aktiv werden kann. Disziplinäres und interdisziplinäres Forschen sowie institutionengebundene und -übergreifende Projekte werden begrüßt.

Entsprechend des Selbstverständnisses des IPK genießt die Forschung die oberste Priorität der Aktivitäten. Hieraus abgeleitet wird ein intensiver Theorie-Praxis-Diskurs gepflegt. Angestrebt wird dabei ein möglichst ausgewogenes Verhältnis von interner Projektförderung, Drittmittel- und Auftragsforschung. Die Förderung des Wissenstransfers und des polizei- und kriminalwissenschaftlichen Diskurses mit Wissenschaft, Lehrenden, Studierenden, Praxis und interessierter Öffentlichkeit (in Symposien, IPK-Kolloquien, IPK vor Ort, Sicherheitspolitisches Forum u.a.) anhand von Vorträgen und Publikationen ist eine weitere Kernaktivität des IPK. Die wissenschaftliche Vernetzung richtet sich in die HSPV NRW selbst hinein sowie an andere Polizeihochschulen, Universitäten, Arbeitskreise und Vereinigungen im In- und Ausland.

Für seine Aktivitäten greift das IPK auf Ressourcen der HSPV NRW zurück und nutzt zudem Drittmittel und Auftragsforschungsgelder.

## **Strukturen**

### **Organisation**

Der *Vorstand* des IPK besteht aus einem/einer von der Mitgliederversammlung gewählten Sprecher/in sowie zwei weiteren, ebenfalls gewählten Vorstandsmitgliedern, die mit dem/der Sprecher/in gemeinsam die Geschäfte des IPK führen und besondere Aufgaben übernehmen.

Der Vorstand ist im Bereich der wissenschaftlichen Arbeit aktiv und konzentriert sich zudem auf die Selbstverwaltungsaufgaben z.B. in den Bereichen Antragsprüfung, Netzwerkarbeit, Entscheidungsvorbereitung, Rechenschaftsbericht, Vorbereitung der Mitgliederversammlung, Controlling und Öffentlichkeitsarbeit sowie Pflege der Webpräsenz. Er soll zudem die Publikationsarbeit stärken (Schriftenreihe „Polizei- und Kriminalwissenschaften“ beim Verlag für Polizeiwissenschaft; Entwicklung und Pflege eines Formats für IPK-Arbeitspapiere als Graue Reihe [print und online]).

Die *inhaltliche Struktur* des IPK umfasst fünf Oberthemen, die gleichzeitig die Forschungsschwerpunkte darstellen. Diese sollen ein breites Dach für sämtliche aktuelle und künftige Forschungsaktivitäten bieten und bei Bedarf erweiterbar sein:

#### *Innere Sicherheit: Akteure, Strukturen & Prozesse*

Im Zentrum stehen Fragen zum Stand und zur Veränderung der Politik der Inneren Sicherheit. Es werden beispielsweise die Rolle der Polizei und des Verfassungsschutzes sowie Umbrüche in der Sicherheitsarchitektur untersucht und internationale Vergleichsforschung zur Sicherheitspolitik geleistet.

#### *Polizeiarbeit im täglichen Dienst*

Die Anforderungen an die Polizeiarbeit zur Gefahrenabwehr und Strafverfolgung in den Bereichen des täglichen Einsatzes, besonderen BAO-Lagen, Verkehrssicherheit und Kriminalitätskontrolle stehen hier im Blickfeld. Mit Konzeptentwicklungen, Begleitforschung und Evaluationen wird die Polizeiarbeit wissenschaftlich unterstützt.

#### *Gewaltkriminalität*

Phänomene, Ursachen und Wirkungen von Gewalt werden analysiert. Hier reicht das Spektrum von häuslicher Gewalt über Gewalt im öffentlichen Raum, Gewalt in besonderen Kontexten (z.B. Fußball), Jugendgewalt, sexueller Gewalt, Gewalt gegen Polizei- und Verwaltungsbedienstete bis hin zu Extremformen des Terrorismus.

#### *Lokale Sicherheit*

Betrachtet werden die Anforderungen an die Sicherheitsarbeit, insbesondere im urbanen Raum. Gegenstand der Analysen sind beispielsweise lokale Kooperationsansätze wie Kriminalpräventive Räte und Ordnungspartnerschaften, handlungsfeldbezogene Interventions- und Präventionskonzepte (zum Beispiel zur Jugenddevianz oder Sucht-/Drogenproblematiken) sowie raum-/quartiersbezogene Sicherheitsarbeit.

#### *Extremismus/Terrorismus*

Neben Analysen zu verschiedenen Formen des Extremismus und Terrorismus werden Untersuchungen zur polizeilichen und nachrichtendienstlichen Kontrolle und Ermittlung, zu den institutionellen Akteuren, zur (Radikalisierungs-)Prävention sowie zu den Theorien politisch motivierter Agitation und Kriminalität durchgeführt.

### **Weitere Ziele und Aufgaben**

Ein Schwerpunkt der künftigen Arbeit wird die Vernetzung innerhalb der HSPV NRW bleiben. Zielgruppe ist insbesondere die Dozent/innen- und Professor/innenschaft, um weitere Personenkreise zu aktiver Polizei- und Kriminalforschung zu ermuntern. Insbesondere forschungsaffinen Praktiker/innen soll die Möglichkeit der Forschung an der HSPV NRW nähergebracht werden. Hier soll eine Abstimmung mit der im Berichtsjahr neu formierten Arbeitsgruppe „Polizei und Wissenschaft“ des FB Polizei stattfinden, die unter anderem dieses Ziel verfolgt.

Daneben ist es ein Ziel, die generelle Bekanntheit des IPK mit seinen Aktivitäten und Projekten innerhalb der HSPV NRW zu erhöhen. Hierzu sind Projektsteckbriefe geplant, die in Form von Kurzbeschreibungen der geförderten Projekte an den Studienorten ausgehängt werden sollen.

Die Erstellung eines Posters/ Templates zu Testzwecken wurde bislang nicht umgesetzt, da aufgrund der Umstellung der Corporate Identity der Hochschule sich die Kommunikation mit dem entsprechenden Referat als langwierig erwies.

Angesichts der durch die Covid-19-Pandemie bedingten Einschränkungen im regulären Hochschulbetrieb wurde das Vorhaben vorerst zurückgestellt und stattdessen diskutiert, inwieweit Forschungsaktivitäten in Form von kurzen Videoportraits einer größeren Fachöffentlichkeit zugänglich gemacht werden können. Eine konkrete Umsetzung steht aktuell noch aus.

Die interne Forschungsförderung bildet weiterhin das schwerpunktmäßige Betätigungsfeld des IPK, wobei mit ein- aber insbesondere auch mehrjährigen Projekten und Schwerpunktsetzungen zu ausgewählten Themen die Sichtbarkeit erhöht und das Profil weiter geschärft werden soll.

Nicht zuletzt bleibt der Ausbau der Auftrags- und Drittmittelforschung weiterhin ein wichtiges Ziel des IPK.

Grundsätzlich ist diesem Rechenschaftsbericht, besonders im Vergleich zu den Vorjahren, deutlich anzumerken, dass die Corona-Pandemie auch vor der Forschung und dem Tagungsgeschehen im Allgemeinen sowie auch am IPK keinen Halt gemacht hat. Zahlreiche Vortragsvorhaben der Mitglieder konnten nicht oder nur eingeschränkt realisiert werden. Auch die Durchführung von Tagungen sowie von einigen Forschungsprojekten konnte teilweise nur eingeschränkt stattfinden.

### **Entwicklungen im Berichtsjahr**

Gemäß dem in der Geschäftsordnung des IPK festgelegten zweijährigen Turnus, war im Frühjahr 2020 eine Vorstandswahl durchzuführen. Aufgrund der Verschiebung der Mitgliederversammlung durch die Corona-Pandemie, erfolgte die Vorstandswahl erstmalig in einem Online-Verfahren. Felix Bode erklärte sich freundlicherweise bereit, die Rolle des Wahlleiters zu übernehmen und die komplett anonyme Abstimmung über die Online-Plattform „Mentimeter“ auch technisch zu administrieren. Im Rahmen der Wahl wurden Vanessa Salzmann und Christian Wickert als stellvertretende Sprecher/in und Daniela Pollich als Sprecherin des IPK bestätigt. Bei der Wahl traten keine Gegenkandidat/innen an.

Die jährliche Mitgliederversammlung fand, ebenfalls als Online-Konferenz am 11. Mai 2020 statt.

Im Rechenschaftsbericht 2018/19 wurde angeregt, die geknüpften Kontakte zur Kommission für Forschungs- und Entwicklungsaufgaben des Senats (FoKo) zu institutiona-

lisieren. Erfreulicherweise räumte die im Berichtsjahr neu formierte FoKo den Sprecher/innen der Forschungszentren der HSPV NRW, und damit auch des IPK, einen ständigen Sitz in der FoKo ohne Stimmrecht ein. Auf diese Weise lässt sich die konstruktive Zusammenarbeit mit der FoKo und den anderen Zentren der HSPV NRW in den kommenden Jahren verstetigen und eine einheitliche und transparente Forschungsstruktur an der HSPV NRW weiter ausbauen.

In diesem Kontext gehört Daniela Pollich einer FoKo-Arbeitsgruppe zur Erstellung hochschulweit einheitlicher Regularien für die Förderung von Publikationen an, die bereits ihre Arbeit aufgenommen hat. Diese Thematik wurde auf der IPK-Mitgliederversammlung im Berichtsjahr bereits angesprochen. Die Mitglieder sprachen sich dafür aus, keine vorläufige IPK-spezifische Lösung anzustreben, sondern direkt eine hochschulweit zwischen FoKo und anderen Zentren abgestimmte Lösung anzustreben. Eine solche befindet sich nun in der Bearbeitung.

Neben organisatorischen Abläufen wie der Vorstandswahl war das IPK auch bezüglich seiner Veranstaltungen und Forschungsprojekte von der Corona-Pandemie beeinflusst. Zahlreiche Veranstaltungen, auch das jährlich stattfindende IPK-Symposium, mussten im Berichtsjahr verschoben werden. Konkrete Informationen finden sich weiter unten im Kontext der Darstellung der IPK-Veranstaltungen. Zudem waren die Abläufe insbesondere empirischer Forschungsprojekte tangiert: Aufgrund der geltenden Einschränkungen gab es beispielsweise Verzögerungen bei Datenerhebungen im Feld oder der Durchführung von Workshops als Projektbestandteile. In derartigen Fällen hat sich der Vorstand darauf verständigt, eine kostenneutrale Verlängerung der Projekte zu befürworten. Dadurch verlängert sich lediglich die Projektlaufzeit, die Modalitäten der Förderung werden aber zunächst beibehalten. In besonderen Einzelfällen, denen diese Lösung nicht gerecht wird, soll eine individuelle Lösung mit den Forschenden angestrebt werden. Bislang ist ein derartiger Fall nicht eingetreten.

## Schwerpunkte und Tätigkeiten im Studienjahr 2019/20

Vier Schwerpunkte prägten die Arbeit im Studienjahr 2019/20:

- **Forschung:** Ein zentraler Bereich der Arbeit des IPK und seiner Mitglieder liegt weiterhin in der internen Förderung und Durchführung verschiedenster polizei- und kriminalwissenschaftlicher Projekte. Im Berichtsjahr wurden in diesem Kontext die Themen Gewalt und Extremismus an Schulen, polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten, Wahllichtbildvorlage im Rahmen polizeilicher Ermittlungsverfahren und Umgang mit Fremdheit beforscht. Bei diesen Projekten handelt es sich um längerfristig angelegte und geförderte Forschungsvorhaben. Im Rahmen einjähriger Projekte wurde im Berichtsjahr zudem die allostatistische Last in polizeilichen Auslandseinsätzen sowie der strafprozessual bedingte Umgang mit Sexualdelikten in der polizeilichen Arbeit beforscht.

Neben der internen Förderung ist die Verstetigung der Drittmittel- und Auftragsforschung ein Kernanliegen des IPK. Das Projekt „Politische Bildung und Polizei (Pol-BiP2)“ (in Kooperation mit der Bundeszentrale für politische Bildung und der Deutschen Hochschule der Polizei) wurde im Berichtsjahr weitergeführt. Zudem wurde im Berichtsjahr das primär am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN) angesiedelte Projekt „Cybercrime gegen Unternehmen“ weitergeführt. Nicht zuletzt wurde im Berichtsjahr die Arbeit am BMBF geförderten, auf drei Jahre angelegten Konsortialprojekt „Migration und Sicherheit in der Stadt“ (migsst), von dem ein Teilprojekt sowie die Verbundkoordination am IPK verortet ist, weitergeführt.

- **Dialog und Vernetzung:** In unterschiedlichen Formaten wurde der polizei- und kriminalwissenschaftliche Diskurs innerhalb der HSPV NRW sowie mit anderen Partnern und der interessierten (Fach-)Öffentlichkeit geführt. Die Fortführung der Sicherheitspolitischen Foren hätte im Berichtsjahr die Thematik Extremismus bei der Polizei behandelt. Coronabedingt musste die Veranstaltung auf einen späteren Zeitpunkt verschoben werden.

- **Internationale Kooperationen:** Die Verbesserung und Intensivierung der internationalen Zusammenarbeit bildete den dritten Handlungsbereich. Die jährliche Summer School, die in Kooperation mit der University of South-Wales unter Beteiligung der niederländischen Politieacademie stattfindet und seitens der HSPV von Bernhard Frevel und Jonas Grutzpalk organisiert wird, musste aufgrund der Coronapandemie leider abgesagt werden (für die Studierenden der HSPV NRW wurde als Ersatz ein Online-Seminar durchgeführt). Im Berichtsjahr hätte in Wales das Thema "Vulnerability" beleuchtet werden sollen.

Jonas Grutzpalk ist derzeit zusammen mit Kollegen der CEPOL mit dem Aufbau eines europäischen Forschungsnetzwerks befasst, das unter dem Titel "Policing Pandemia" zusammenfindet. Aus den Bemühungen ist ein Konsortium hervorgegangen, das sich um eine Horizon-2020-Förderung bemüht.

- **Kontakte zu Hochschulen und Forschungseinrichtungen:** Zur Stärkung polizei- und kriminalwissenschaftlicher Lehre und Forschung ist neben der hochschulinternen und -übergreifenden Arbeit die Vernetzung mit Universitäten sinnvoll und geboten, um weitere Perspektiven von Studierenden und forschenden Kolleg/innen aufzugreifen, was sich auch bei Projekten fördernd auswirkt. Bernhard Frevel pflegt weiter die Verbindung zur Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Vanessa Salzmann pflegt über das Netzwerk Einsatzmanagement ebenfalls den Kontakt zur DHPol. Daniela Pollich steht in engem Austausch mit dem Lehrstuhl für empirische Sozialforschung der Ruhr-Universität Bochum. Stefan Kersting ist Mitglied im Forschungsbeirat von Projekten an der Ruhr-Universität Bochum und der DHPol. Die IPK Mitglieder Felix Bode, Stefan Kersting, Thomas Naplava, Daniela Pollich, Michael Reutemann, Christian Wickert und Gina Wollinger sind darüber hinaus Mitglieder des Netzwerkes „Kriminologie in Nordrhein-Westfalen“, dem Professor/innen sowie Wissenschaftler/innen verschiedener Hochschulen und Universitäten sowie kriminologisch forschender Einrichtungen in NRW angehören. Christian Wickert steht durch die Administration des in Hamburg angesiedelten fachlichen Weblogs „Criminologia.de“ in regelmäßigem fachlichen Austausch zu (ehemaligen) Kriminologie-Lehrenden und -Studierenden der Universität Hamburg. Nicht zuletzt pflegt Gina Wollinger weiter den Kontakt zum Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen (KFN), dem sie vor ihrer Tätigkeit an der HSPV NRW angehörte.

Zu den beschriebenen Handlungsfeldern und den Beiträgen der einzelnen IPK-Mitglieder gibt das nachfolgende Kapitel detailliert Auskunft.

## **Intern geförderte Projekte**

Ein für das Berichtsjahr geplantes und bewilligtes internes Projekt von Bernd Hupertz und Sven-Sebastian Burbach zum Thema „Versagungsgründe der Anerkennung ausländischer EU-/EWR- Fahrerlaubnisse“ musste aufgrund der Auswirkungen der Corona-Pandemie abgebrochen werden. Die gewährte LVS-Reduktion wurde nicht in Anspruch genommen.

Im Berichtsjahr 2019/20 wurden aus dem LVS- bzw. Finanzbudget des IPK folgende Projekte intern gefördert:

Politischer Extremismus/Terrorismus in der Aus- und Fortbildung der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden (Thomas Grumke)

**Projektbeginn:** September 2017

**Projektende:** Förderungsende August 2018, derzeit kostenneutrale Verlängerung bis Frühjahr 2021

**Förderung im Berichtsjahr:** keine Deputatsreduktion; keine finanzielle Förderung

Sowohl im Bericht des NSU-Untersuchungsausschuss des Bundestages (2013), als auch im Bericht des NSU-Untersuchungsausschuss des Landtages NRW (2017) werden dezidiert eine bessere Aus- und Fortbildung der Polizeien als auch der Verfassungsschutzbehörden im Hinblick auf Phänomenkenntnisse und Analysefähigkeit beim politischen Extremismus/Terrorismus eingefordert.

Das Forschungsvorhaben soll in einem ersten Schritt eine Bestandsaufnahme der jetzigen Aus- und Fortbildung der Polizei und des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen zu politischem Extremismus und Terrorismus leisten. Dies soll durch strukturierte Fragebögen an die entsprechenden Institutionen erfolgen (MIK NRW: Abt. 4 und 6, HSPV NRW, LAFP NRW, LKA NRW, Staatsschutzabt. der Polizei NRW).

Im zweiten Schritt erfolgt eine Sammlung von Beispielen gelingender Praxis hinsichtlich der Aus- und Fortbildung der Polizeien und des Verfassungsschutzes zu politischem Extremismus und Terrorismus in anderen Bundesländern bzw. im Bund.

In Schritt drei werden diese Ergebnisse zusammengefasst und konkrete Empfehlungen für eine Verbesserung bzw. Neufassung der Aus- und Fortbildung der Polizei und des Verfassungsschutzes zu politischem Extremismus und Terrorismus in NRW formuliert.

Durch eine andauernde Abstimmungsphase mit den zuständigen Ministerien verzögert sich die Projektdurchführung. Eine im Rahmen des Projektes geplante Veranstaltung im Frühjahr 2020 musste aufgrund der Corona-Pandemie verschoben werden. Die Veranstaltung wird beizeiten nachgeholt und soll in einer Publikation dokumentiert werden. Das Projekt wird kostenneutral verlängert.

Gewalt und Extremismus an Nordrhein-Westfälischen Schulen (Dorothee Dienstbühl und Stefan Piasecki)

**Projektbeginn:** September 2018

**Projektende:** August 2021, voraussichtlich kostenneutrale Verlängerung aufgrund der Corona-Pandemie

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von je 76 LVS für Dorothee Dienstbühl und Stefan Piasecki; finanzielle Förderung siehe Tabelle S. 36/37

Gewalt und Kriminalität an Schulen ist ein besonders sensibler Problembereich. Nicht nur herausragende Gewaltphänomene, wie die Amokläufe (sog. School-Shootings) in Erfurt, Emsdetten und Winnenden offenbaren das grausame Gewaltpotential an Schulen als Orte des Lernens und Miteinanders. Die Tötung eines 14-jährigen Schülers durch seinen 15-jährigen Mitschüler, der als aggressiv und „unbeschulbar“ galt, schockierte die Öffentlichkeit zum Jahresbeginn 2018.<sup>4</sup> Doch auch Medienberichte von gewalttätigem Mobbing, Antisemitismus und extremistischen Einstellungen an deutschen Schulen, werden zu Problemen. Gewalt an Schulen, zum Teil mit Messern und anderen gefährlichen Gegenständen i.S. des Strafrechts ausgetragen, scheint eine Konjunktur zu besitzen, die Lehrer, Eltern und Schüler gleichermaßen verunsichert und Angst verursacht. Daneben zeigt sich, dass Rekrutierungsbemühungen von politischen und / oder religiösen Extremisten jeglicher Couleur in die Schulen reichen. Junge Menschen, die sich vor den Augen der Lehrer radikalieren und nicht mehr erreichbar sind, stellen die Schulen vor Problemen, die nicht einfach durch Hinzuziehen der Polizei geklärt werden können; insbesondere dann nicht, wenn diese Schüler zwar ihre extremistischen Haltungen deutlich machen, dabei jedoch geltendes Recht nicht verletzen oder in einem Maße, das kaum justiziabel genug wäre.

Das Forschungsvorhaben geht zunächst der Frage nach, welche Gewaltphänomene den Schulalltag in NRW aktuell beeinträchtigen. In der damit verbundenen Erhebung soll, über die Angaben der PKS NRW, die die Tatörtlichkeit von Schulen miterfasst hinaus, auf Qualität, Intensität und Entwicklung von Gewalttätigkeit, aber auch extremistische Tendenzen hin untersucht werden. Nachfolgend soll auf Basis von Erfahrungen in Bedrohungsmanagement und diversen Schulungen und Expertisen für Schulen

Maßnahmenkonzepte entwickelt werden. Dabei sollen Akteure sowohl in, als auch außerhalb von Schulen (z.B. in Bezirksregierung, Polizei etc.) entsprechende Zuständigkeiten/Kompetenzen wahrnehmen, um ein wirksames Bedrohungsmanagement mit notwendigen Handlungsabläufen implementieren zu können. Im letzten Schritt sollen diese Maßnahmen über ein Schuljahr hinweg beobachtet und sowohl durch die Antragssteller, als auch durch die beteiligten institutionellen Akteure evaluiert werden. Zur Realisierung und Eingrenzung des Forschungsvorhabens wird mit der Bezirksregierung Münster kooperiert, um unterschiedliche Schulformen einerseits, aber zunächst einen beschränkten Untersuchungsradius andererseits gewährleisten zu können.

Das Projekt befindet sich momentan im Projektabschnitt „Praxisphase“. Die Maßnahmen aufgrund der Corona-Pandemie führten allerdings dazu, dass für Frühjahr 2020 geplante Schulungen verschoben werden mussten. Im Nachgang sollten anonym Fragebögen an die Schulungsteilnehmer verteilt werden, was ebenfalls verschoben werden musste. Die bereits vorbereiteten Workshops werden, wenn möglich, im Herbst 2020 durchgeführt. Dann soll auch die Befragung anhand der bereits fertig gestellten Fragebögen erfolgen, aufgrund der Unsicherheiten hinsichtlich der Entwicklungen kann dies jedoch nicht sicher geplant werden. Aktuell werden Ersatz-Erhebungen u.a. mit Experten wie Ahmad Mansour und der GEW geplant. Wichtige Gesprächspartner sind zudem Lehrerinnen und Lehrer, da Gewalt im Schulkontext betrachtet und bewertet werden soll. Diese sehr wichtige Zielgruppe war durch die institutionelle temporäre Schließung gar nicht erreichbar. Frühestens ab dem Ende der Sommerferien dürften sich hier wieder neue Gesprächsmöglichkeiten ergeben, verbunden mit der Notwendigkeit, diese erneut anzubahnen.

#### Polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten (PolBaS) (Daniela Pollich)

**Projektbeginn:** September 2018

**Projektende:** Februar 2022 (elternzeitbedingte Verlängerung), voraussichtlich kostenneutrale Verlängerung aufgrund der Corona-Pandemie

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 57 LVS für Daniela Pollich; keine finanzielle Förderung

Das auf drei Jahre angelegte Projekt „Polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten“ (PolBaS) ist Teil des umfassenden Forschungsprojekts „Sexuelle Gewalt gegen Frauen“ der Kriminalistisch-Kriminologischen Forschungsstelle (KKF) am Landeskriminalamt NRW.

Das eigenständige, durch das IPK intern geförderte Teilprojekt PolBaS hat zunächst die Vertiefung der Erkenntnisse zur polizeilichen Arbeit im Kontext von Sexualdelikten, insbesondere in Bezug auf Ermittlungsschritte und deren fallabhängige Erfolgchancen, zum Ziel.

Zentraler Untersuchungsgegenstand ist zudem der Einfluss gesellschaftlicher Rahmenbedingungen auf die polizeiliche Ermittlungsarbeit. Einerseits werden Sexualdelikte in der gesellschaftlichen Wahrnehmung in besonderer Weise in einem Zusammenhang mit Konstrukten wie Scham und Ehre gesehen und sind damit oft moralisch überformt. Im Projekt PolBaS wird untersucht, wie sich diese gesellschaftlichen Deutungen, die auch bei den Opfern verankert sein könnten, auf die polizeiliche Arbeit (beispielsweise bezüglich der Auskunftsbereitschaft von Opfern) auswirken.

Andererseits widmet sich das Projekt, als weitere Rahmenbedingung polizeilicher Tätigkeit, den Folgen der teilweise kontrovers diskutierten Änderung des Sexualstrafrechts im Jahr 2016. Inwiefern sich die Strafrechtsänderung und -erweiterung konkret in der polizeilichen Sachbearbeitung, beispielsweise den Inhalten von Vernehmungen oder dem Arbeitsaufwand bemerkbar macht, wird im Projekt ebenfalls untersucht.

Im Berichtsjahr wurden die qualitativen Interviews mit polizeilichen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern transkribiert und ausgewertet. Momentan findet die Berichterlegung für den Abschlussbericht Teil 1 „Qualitative Interviews mit polizeilichen Sachbearbeiterinnen und Sachbearbeitern von Sexualdelikten“ statt, dessen Fertigstellung im Frühjahr 2021 geplant ist.

Zudem sind bereits entsprechende Textpassagen für den (vom LKA NRW nach Abschluss der Erhebungsphase des Gesamtprojekts zu veröffentlichenden) Methodenbericht bereits fertiggestellt und abgestimmt. Auch eine erste Dokumentation von qualitativen Analysen zum Thema „Kriminalitätslage und -entwicklung“ ist fertiggestellt und befindet sich momentan in der Abstimmungsphase. Die Ausführungen werden in einem Gesamtbericht des LKA NRW zu diesem Themenkomplex enthalten sein, der Ende 2020 erscheinen soll. Zudem ist ein Fachaufsatz zu den theoretischen Hintergründen des Projektes PolBaS in Vorbereitung.

Aufgrund der Corona-Pandemie mussten die Arbeiten an der Erfassung der quantitativen Daten aus staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten durch studentische Praktikant/innen im LKA NRW bis auf weiteres ausgesetzt werden. Daher sind der zeitliche Fortgang dieses Projektteils und die Fertigstellung des Forschungsberichtes Teil 2, der die Ergebnisse der quantitativen Analysen beinhalten wird, noch nicht abschließend absehbar.

Wahllichtbildvorlage (Stefan Kersting und Christoph Frings)

**Projektbeginn:** September 2018

**Projektende:** August 2020

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von je 36 LVS für Stefan Kersting und Christoph Frings; finanzielle Förderung siehe Tabelle S. 36/37

Ungeachtet aller Fortschritte im Bereich der Kriminaltechnik handelt es sich bei der Wahllichtbildvorlage um eine kriminalistische Standardmaßnahme, der im Einzelfall ein hoher Beweiswert zukommen kann. Ziel jeder Wahllichtbildvorlage im Ermittlungsverfahren ist die Identifizierung eines namentlich bekannten Tatverdächtigen durch Zeugen. Insbesondere in den Fällen, in denen das Ergebnis der Wahllichtbildvorlage das zentrale Beweismittel zur Überführung des Beschuldigten ist, unternimmt die Verteidigung selbstverständlich Anstrengungen, den Beweiswert der Wahllichtbildvorlage zu mindern oder gar völlig in Abrede zu stellen. In der Vergangenheit hat sich gezeigt, dass dabei gerade die Geeignetheit der Vergleichsbilder im Fokus der Verteidigerstrategie steht. In der Konsequenz obliegt in diesen Fällen die Beurteilung der Geeignetheit dem Tatrichter. Dieser richterlichen Beweiswürdigung liegen bislang rein subjektive Eindrücke bezüglich der Ähnlichkeit bzw. Unähnlichkeit zu Grunde.

Ein Ziel des Forschungsprojekts ist daher die Prüfung, inwieweit die Anwendung der Methode des von Louis Leon Thurstone (1927) entwickelten „Law of Comparative Judgement“ zur Quantifizierung von Ähnlichkeiten im Rahmen von Wahllichtbildvorlagen geeignet ist. Daneben soll ein Verfahren entwickelt werden, mit der in bedeutsamen Einzelfällen (Kapitaldelikte) die Quantifizierung der Ähnlichkeiten von Vergleichsbildern sichergestellt werden kann. In einem abschließenden Schritt soll in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Polizeiliche Dienste NRW (LZPD NRW) auf Basis der Forschungsergebnisse an der Optimierung von Vergleichsbildern gearbeitet werden.

Nach der Aufarbeitung von Forschungsstand und aktueller Rechtsprechung wurden in Zusammenarbeit mit dem LZPD NRW Vergleichsbildersets entwickelt. Probandenbefragungen zur Beurteilung von Ähnlichkeiten zwischen diesen Bildern wurden mit Studierenden der HSPV durchgeführt. Mit dem Vorliegen zweier Publikationen in der Zeitschrift Kriminalistik (s.u.) ist das Projekt zum Ende des Berichtsjahres abgeschlossen.

### **Publikationen im Berichtsjahr**

Frings, C.; Kersting, S. (2020): Wahllichtbildvorlagen – Ein Forschungsprojekt zur Validität. In: Kriminalistik, 2/2020, S. 100-105.

Kersting, S.; Frings, C. (2020): Wahllichtbildvorlagen – Ein Forschungsprojekt zur Validität. Teil 2: Ergebnisse. In Kriminalistik, 5/2020, S. 324-329.

Umgang mit Fremdheit - Entwicklung im Längsschnitt der beruflichen Erstsozialisation 2.0 (Umfelder 2.0) (Ines Zeitner)

**Projektbeginn:** März 2019

**Projektende:** August 2024

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 114 LVS für Ines Zeitner; finanzielle Förderung siehe Tabelle S. 36/37

Die Förderung interkultureller Kompetenz und interkultureller Kommunikationsfähigkeit hat im Bachelorstudiengang Polizei der HSPV NRW in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Hintergrund dieser Entwicklung ist einerseits die veränderte Bevölkerungsstruktur des Einwanderungslandes Bundesrepublik Deutschland und andererseits die daraus resultierenden spezifischen Anforderungen an Polizistinnen und Polizisten. Diese betreffen alle Kernbereiche des Polizierens wie die Verkehrssicherheitsarbeit, die Gefahrenabwehr und die Kriminalitätsbekämpfung.

Dabei müssen sich Polizistinnen und Polizisten als Repräsentanten staatlicher Autorität auch aufgrund von Vorfällen in jüngster Vergangenheit häufig mit dem Vorwurf auseinandersetzen, sich fremdenfeindlich bzw. rassistisch zu verhalten und z.B. ihr Verhalten bei Kontrollen von Vorurteilen gegenüber Nichtdeutschen bestimmen zu lassen (Blom, 2004; Franzke, 1995). Auf die aktuellen rassistischen Vorfälle in den USA, die auch Auswirkungen auf die Kommunikation von Polizistinnen und Polizisten mit Bürgerinnen in der Bundesrepublik haben können, sei hier nur hingewiesen. Die Polizei in Deutschland als Organisation reagiert auf diese Vorwürfe unter anderem durch Maßnahmen der Fort- und Weiterbildung, aber auch durch die Anwerbung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund für den Polizeivollzugsdienst (Franzke, 1999; Murck & Werdes, 1996).

Die HSPV NRW als eine der zentralen Instanzen polizeilicher Sozialisation hält im Studienverlauf verschiedene Pflichtmodule vor, die auf die Förderung interkultureller Kommunikationsfähigkeit und interkultureller Kompetenz abzielen. Unter anderem sind das die Pflichtmodule „Interkulturelle Kompetenz“, „Training sozialer Kompetenz“ und „Berufsrollenreflexion“. Aber auch in den sozialwissenschaftlichen Fächern sowie im Fach Ethik werden diese Themen fokussiert. Darüber hinaus findet eine Sensibilisierung für die Thematik in den polizeiwissenschaftlichen Fächern wie z.B. Einsatzlehre und den Rechtsfächern statt.

Das Forschungsvorhaben Umfelder (2012-2017) ging den Fragen nach, ob und in welchem Ausmaß xenophile/xenophobe Einstellungen und Haltungen zu Beginn des Studiums vorliegen, sich diese im Laufe der Studienabschnitte verändern und wie sie letztlich durch Praxiserfahrungen beeinflusst werden. Die Ergebnisse dieser Studie

wurden 2018 veröffentlicht (E. Krott, N. Krott, & Zeitner 2018) und stießen auf erhebliches Interesse innerhalb der HSPV NRW, der Polizei und auch der Politik.

Es kam der Wunsch auf, diese Studie fortzusetzen, um die Stabilität der festgestellten positiven Effekte über einen längeren Zeitraum zu prüfen. Des Weiteren sollten auch mögliche Auswirkungen der im Rahmen der Reform 2016 im Studiengang Polizei NRW noch weiter gestärkten persönlichen und sozialen Kompetenzen in den Blick genommen werden. So wurden unter anderem aufgrund von Evaluationsergebnissen das Modul Berufsrollenreflexion verändert (Schophaus, 2015) und der Tag der Menschenrechte eingeführt (Zeitner, 2017). Die Auswirkungen dieser Maßnahmen konnten mit der ersten Umfelder-Studie (2012-2017) nicht erfasst werden.

Am 01.03.2019 startete die Studie UMFELDER 2.0. Hier soll nun insbesondere eine der Befragungen ca. 18 Monate nach dem Ende des Studiums und damit nach deutlich längerer Praxiszeit als bei der ersten Umfelder-Studie durchgeführt werden. Ziel ist es, u.a. Erkenntnisse darüber zu gewinnen, wie sich eine längere Berufspraxis auf die Einstellungen und Haltungen der jungen Polizistinnen und Polizisten gegenüber Fremdheit auswirkt.

Zum Beginn der Studie UMFELDER 2.0 wurden im September 2019 alle Studierenden des PVD Einstellungsjahrganges (EJ) 2019 zum ersten Mal befragt (T 1). Das bedeutet, diese Studierenden haben zum Befragungszeitpunkt T 1 weder innerhalb der HSPV NRW noch beim LAFP NRW und auch nicht in der polizeilichen Praxis eine Sozialisation erfahren. Die ersten Daten sind ausgewertet. Die nächste Befragung des EJ 2019 erfolgte nach dem Grundstudium im April 2020. Da die Befragung online durchgeführt wurde, konnte sie trotz der Maßnahmen zur Verhinderung der Ausbreitung des Corona-Virus vorgenommen werden.

Anders sieht es mit den projektinternen Besprechungen aus. Die letzte „Live-Besprechung“ zwischen den Forscherinnen Dr. N. Krott, Prof. Dr. E. Krott und mir wurde am 9.3.2020 in Köln durchgeführt. Danach wurde auf TelKos und Online-Meetings umgestellt. Auch wird derzeit aufgrund der „Corona-Maßnahmen“ auf Vorträge verzichtet. So wurde z.B. der Vortrag zum Forschungsprojekt Umfelder - eigentlich geplant am 02.04.2020 - anlässlich der 5. Fortbildungstag für Führungskräfte des PP Koblenz im Zentrum Innere Führung der Bundeswehr, Koblenz, verschoben. Momentan ist der Vortrag für November 2020 geplant – wobei in Anbetracht der noch andauernden Maßnahmen zur Eindämmung des Corona-Virus noch keine abschließende Entscheidung getroffen wurde.

Die zum Projekt Umfelder erfolgten Publikationen sind bekannt und im Bericht des Vorjahres dokumentiert. Nach Abschluss des Projektes UMFELDER 2.0 wird erneut publiziert. Im Moment sieht das Projektteam bewusst von Veröffentlichungen ab – es werden auch keine Zwischenergebnisse präsentiert, um das Antwortverhalten der teilnehmenden Studierenden nicht zu beeinflussen.

Die Studie wird voraussichtlich 2024 abgeschlossen.

Kooperationspartner/innen:

Dr. Nora Rebekka Krott, Institut für interdisziplinäre Konflikt- und Gewaltforschung (IKG), Universität Bielefeld

Prof. Dr. Eberhard Krott

Allostatische Last bei Auslandseinsätzen (Mario Staller)

**Projektbeginn:** September 2019

**Projektende:** August 2020

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 76 LVS; finanzielle Förderung siehe Tabelle S. 36/37

Für Polizeikräfte ist die Erfahrung von stressreichen Situationen Teil ihres Arbeitsalltags. Wiederholte Stresserfahrungen können ungünstige Effekte auf das psychische und körperliche Wohlbefinden haben. Vor allem Stressoren, an die man sich nicht gewöhnt, scheinen hier bedeutsam. Im Zuge dessen leiden Polizeikräfte im Vergleich zur Normalbevölkerung häufiger an Depression, posttraumatischer Belastungsstörung und Suizidalität, weisen eher einen ungesunden Lebensstil und physische Gesundheitsprobleme sowie höhere Scheidungsraten auf. Ein polizeilicher Auslandseinsatz stellt zweifelsohne eine außergewöhnliche Belastung dar, die mit Stresserfahrungen einhergehen kann. Entsprechend förderlich für die mentale Gesundheit der Einsatzkraft ist hier eine schnelle Anpassung im Sinne des Allostatic-Load-Models (McEwen, 2000; 2008)

Mit Hilfe eines Einzelfall-Designs soll in einer über vier Monate untersucht werden, wie sich Stress, Stimmung und Wohlbefinden einer Einsatzkraft in Reaktion und im Laufe eines Auslandseinsatzes verändern. Im Fokus stehen hier insbesondere die allgemeine Beanspruchung durch momentane Belastungen im Dienst, Strategien der Stressbewältigung, körperliche Aktivität, Schlaf sowie biologische Stressmarker im Speichel.

Das Forschungsvorhaben liefert erstmals Daten zu den Stresserfahrungen einer Polizeikraft im Ausland. Die Ergebnisse können auf praktischer Ebene zur Optimierung des Trainings in Vorbereitung auf Auslandseinsätze herangezogen werden. Auf wissenschaftlicher Ebene dient das Forschungsprojekt der Hypothesengenerierung zu den psychologischen und physiologischen Anforderungen in Bezug auf Auslandsverwendungen im Polizeidienst und zur Ableitung von Experimentaldesigns für weiterführende Studien.

Die Daten (Speichelproben, Fragebögen, Interview) wurden erhoben und analysiert. Die Ergebnisse werden gerade in einer Publikation niedergeschrieben.

Polizeilicher Opferschutz in Sexualstrafverfahren und die strafprozessuale Pflicht zur umfassenden Sachaufklärung im Ermittlungsverfahren (Andreas Ruch)

**Projektbeginn:** September 2019

**Projektende:** August 2020

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 38 LVS; keine finanzielle Förderung

Mutmaßliche Opfer von Sexualstraftaten haben ein Recht auf ein faires Verfahren, welches sie ungeachtet ihrer prozessualen Funktion als Beweismittel davor schützt, zum bloßen Objekt eines Verfahrens gemacht zu werden. Die Pflicht zum schonenden Umgang mit mutmaßlichen Opfern von Sexualstraftaten ist nicht nur verfassungsrechtlich und einfachgesetzlich geboten. Sie liegt auch im polizeilichen Interesse. Denn je eher mutmaßliche Opfer davon ausgehen, eine Strafanzeige „lohne“ sich nicht oder sie wirke durch eine unfaire oder herabwürdigende Behandlung durch die Ermittlungsbehörden nachteilig, desto eher werden sie auf eine Strafanzeige verzichten. Die polizeiliche Ermittlungsarbeit würde so erschwert oder unmöglich werden.

Neben den Belangen des Opferschutzes ist die Polizei als Ermittlungsbehörde der Staatsanwaltschaft aber auch zu einer umfassenden Aufklärung des Sachverhalts verpflichtet. Das Erfordernis einer sorgfältigen und umfassenden Ermittlungsarbeit gilt insbesondere beim Verdacht einer Sexualstraftat, da in diesen Verfahren regelmäßig schwierige Sachverhalts- und Beweiskonstellationen (insbesondere Aussage-gegen-Aussage-Situationen) zu beobachten sind.

Die Dimensionen dieser Ziele sind in Sexualstrafverfahren nicht immer miteinander in Einklang zu bringen. Einerseits sollen mutmaßliche Opfer schonend behandelt und ihnen soll frei von Misstrauen begegnet werden; andererseits kann in schwierigen Beweissituationen eine umfassende Sachaufklärung nur gelingen, wenn in der Zeugenvernehmung Nachfragen gestellt und Vorhalte gemacht werden. Der hier entstehende Zielkonflikt zwischen Opferschutz und Sachaufklärung ist Gegenstand dieses Forschungsvorhabens.

Anhand einer systematischen Aufbereitung der gesetzlichen Vorschriften, der Erlasslage, der relevanten Literatur und der einschlägigen Rechtsprechung soll herausgearbeitet werden, wie die Vorgaben des Opferschutzes im Ermittlungsverfahren und die polizeiliche Pflicht zur umfassenden Aufklärung des Sachverhalts miteinander in Einklang gebracht werden können.

Das Ergebnis des Forschungsvorhabens wird als Fachaufsatz veröffentlicht. Der Antragsteller strebt die Veröffentlichung in einer Zeitschrift bzw. (bei Veröffentlichung in einem Sammelband) in einem Verlag an, die bzw. der eine breite Wahrnehmung in der wissenschaftlichen „community“ sicherstellt. Die Ergebnisse werden in geeigneter Weise den Forschenden und Lehrenden der HSPV zugänglich gemacht, z.B. durch Verbreitung der Publikation über die jeweiligen Fachkoordinatoren.

### **Drittmittel- und Auftragsforschung, sonstige ForschungsKooperationen**

Aus dem im vergangenen Studienjahr beendeten Projekt „Bodycam“ wurden im Berichtsjahr eine weitere Publikation sowie zwei Vorträge realisiert:

Reutemann, M.; Kersting, S.; Naplava, T. (2019): Deeskalative Wirkung, Wirkweise und Akzeptanz von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen. In Praxis der Rechtspsychologie, 30(1), 5-25.

Reutemann, M.; Naplava, T.; Heil, M.; Scheer-Vesper, C.; Kersting, S. (2019): Bodycams im Wachdienst der Polizei NRW: (Deeskalative) Wirkung, Wirkweise und Akzeptanz. Vortrag anlässlich der 18. Tagung der Fachgruppe Rechtspsychologie der DGPs vom 26.-28.09.2019. Hildesheim.

Reutemann, M. (2019): Bodycams im Wachdienst der Polizei NRW. Vortrag anlässlich der Tagung Polizeipsychologie vom 04.-06.11.2019. Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin.

Im Berichtsjahr wurden bereits begonnene, am IPK angesiedelte Auftrags-, Drittmittel- und sonstige Projekte fortgeführt.

Vorurteilsmotivierte Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen 2012-2016 (Daniela Pollich)

**Projektbeginn:** Juli 2018

**Projektende:** September 2020

**Förderung im Berichtsjahr:** durch das IPK keine Deputatsreduktionen und finanzielle Förderung

Das Projekt wird federführend von Prof. Dr. Cornelia Weins, Ruhr-Universität Bochum durchgeführt. Daniela Pollich wirkt seitens des IPK als Kooperationspartnerin mit.

Das Projekt beschäftigt sich mit dem starken Anstieg xenophober (darunter fallen Delikte, die aufgrund der vermuteten Rasse, Ethnie oder Religion der Opfer begangen

werden), die parallel zum Zustrom von Geflüchteten nach Deutschland in den Jahren 2015 und 2016 zu verzeichnen war. In diesem Kontext untersucht das Projekt vorurteilsmotivierte Gewaltdelikte im bevölkerungsreichsten Bundesland Nordrhein-Westfalen zwischen 2012 und 2016 und legt dabei Schwerpunkte auf die zugrundeliegenden Vorurteile (z.B. ein möglicher Anstieg muslimfeindlicher Straftaten), Arten der Angriffe, Tätermerkmale, Tatbegehung in Gruppen und Opfer.

Datengrundlage des Projekts bilden (1) polizeiliche Berichte zu allen Delikten der Hasskriminalität in NRW im Untersuchungszeitraum (Kriminaltaktische Anfragen, KTA), sowie (2) staatsanwaltschaftliche Ermittlungsakten ausgewählter Fälle. Hierdurch sollen detailliertere Informationen erhoben werden, als standardmäßig in den offiziellen Daten vorliegen (beispielsweise zu den Vorurteilsmotivationen, Angriffsorten).

Die Erfassung der Kriminaltaktischen Anfragen aus dem Berichtszeitraum durch das Projektteam der RUB ist erfolgreich abgeschlossen, erste Analysen wurden bereits durchgeführt. Momentan läuft die Erfassung der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungsakten.

Link zur Projekthomepage: <https://www.methoden.ruhr-uni-bochum.de/empirische-sozialforschung/forschung-und-projekte/violent-hate-crimes-in-north-rhine-westphalia-2012-2016.html>

Zum Projektteam gehören außerdem

Sebastian Gerhartz M.A., Dipl. Soz.wiss, Sebastian Jeworutzki (Ruhr Universität Bochum)

Matthias Mletzko M.A. (Mainz)

### **Vorträge im Berichtsjahr**

Weins, C.: Rechte (Gewalt-)Kriminalität in NRW. Winteruni 2020 Campus für alle – 27. Januar 2020

Weins, C./Gerhartz, S./Witkowski, J.: Fremdenfeindliche Gewaltkriminalität: Nordrhein-Westfalen 2012-2016. Bielefeld – Fakultät für Soziologie – 5 November 2019

Weins, C./ Mletzko, M.: Ethnically, racially and religiously motivated hate crime violence in Germany: North Rhine-Westphalia 2012-16. Presented at the Annual EENeT Conference 2019, Athens/Greece 16 – 18 October 2019

Weins, C./Gerhartz, S.: Ethnisch, rassistisch und religiös motivierte Gewaltkriminalität in Nordrhein-Westfalen 2012-2016. Fakultät für Sozialwissenschaft – Sektion Sozialwissenschaftliche Methodenlehre und Statistik. 16. Tagung der Kriminologischen Gesellschaft – 6. September 2019

## Cyberangriffe gegen Unternehmen (Gina Wollinger)

**Projektbeginn:** September 2018

**Projektende:** Dezember 2020

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 76 LVS für Gina Wollinger; keine finanzielle Förderung

Das Drittmittelprojekt „Cyberangriffe gegen Unternehmen“ wird von Gina Wollinger am IPK mit geleitet und durchgeführt. Angesiedelt ist das Projekt am Kriminologischen Forschungsinstitut Niedersachsen e.V. (KFN), wo es von Frau Wollinger maßgeblich eingeworben wurde. Die Projektmittel stammen aus der Initiative „IT-Sicherheit in der Wirtschaft“ des Bundesministeriums für Wirtschaft und Energie.

Cybercrime-Delikte gehören in Deutschland zu einem wachsenden Phänomen. Insbesondere Unternehmen stehen dabei im Fokus von Cyberkriminellen. Betroffene Unternehmen erleben häufig enorme finanzielle oder wettbewerbliche Nachteile als Folge. Anders als große Unternehmen mangelt es dabei kleinen und mittelständischen Unternehmen auf der einen Seite oftmals am Bewusstsein für mögliche Gefahren durch Cyberangriffe und auf der anderen Seite an Möglichkeiten, IT-Sicherheit effektiv im Unternehmen zu implementieren.

Auf der Basis eines interdisziplinären Teams von Wissenschaftlern und Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen der Informatik, Kriminologie, Soziologie und Wirtschaftswissenschaften zielt das Vorhaben, welches in Kooperation mit dem Forschungszentrum L3S der Leibniz Universität Hannover durchgeführt wird, darauf ab, die Lage der IT-Sicherheit in Bezug auf Cyberangriffe in Deutschland umfassend zu untersuchen und Handlungsempfehlungen für Unternehmen und staatliche Behörden zu entwickeln. Eingesetzte Methoden sind Experteninterviews, eine repräsentative Befragung von Unternehmen sowie Feldstudien.

Im zurückliegenden Forschungsjahr wurde die quantitative CATI-Befragung von 5.000 Unternehmen ausgewertet und in einem umfassenden Forschungsbericht veröffentlicht. Des Weiteren wurden die Ergebnisse für einen Fachartikel und mehrere Vorträge zusammengefasst (s.u.).

Derzeit werden Vorbereitungen für die zweite Befragung getroffen, welche in der zweiten Jahreshälfte dieses Jahres stattfinden wird. Daneben sind noch weitere Publikationen und Vorträge (u.a. auf dem Deutschen Präventionstag im September) geplant.

## **Publikationen im Berichtsjahr**

Dreißigacker, A.; von Skarczynski, B.; Wollinger, G. R. (2020a). Cyberangriffe gegen Unternehmen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung 2018/2019. KFN-Forschungsbericht Nr. 152. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Dreißigacker, A.; von Skarczynski, B.; Wollinger, G. R. (2020b): Im Visier. iX (6), S. 78-81.

## **Vorträge im Berichtsjahr**

Wollinger, G. R. (2019): Cybercrime als Gefahr für Unternehmen. Universität Wuppertal, Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit. Wuppertal: 17.12.2020.

Wollinger, G. R. (2020): Cybercrime against businesses. Law & Criminology in the new digital era. Sevilla, Spanien: 20.1.2020.

Wollinger, G. R. (2020): Cyberangriffe gegen Unternehmen. SecIT, Online-Konferenz: 30.3.2020.

Weitere geplante Vorträge beim DPT und Stockholm Symposium mussten aufgrund der Corona-Pandemie leider abgesagt werden.

Migration und Sicherheit in der Stadt - migsst (Bernhard Frevel)

**Projektbeginn:** Oktober 2018

**Projektende:** September 2021

**Förderung im Berichtsjahr:** durch das IPK keine Deputatsreduktionen und finanzielle Förderung

Seit dem 01.10.2018 läuft das vom BMBF im Rahmen des Programms „Forschung für die zivile Sicherheit“ geförderte Verbundprojekt „Migration und Sicherheit in der Stadt – *migsst*“, das im IPK-Rechenschaftsbericht 2018/19 inhaltlich vorgestellt wurde. Weitere Informationen finden sich auf der Projekthomepage <https://migsst.de>.

Prof. Dr. Bernhard Frevel ist Leiter des Arbeitspakets der HSPV NRW und zudem Verbundkoordinator.

Dier Projektarbeit im Berichtsjahr war bis März 2020 geprägt von empirischen Untersuchungen in vier Städten mit jeweils zwei Quartieren. Mit teilnehmenden Beobachtungen, Experteninterviews, Anwohnerbefragungen und Feldbegehungen wurden Daten erhoben und mit einem Grounded-Theory-Design für die weiteren Analysen auf-

bereitet. Diese im Berichtsjahr abgeschlossene Feldphase 1 befasste sich insbesondere mit Quartiersstrukturen, Aspekten von Integration und Segregation. Im Studien- und Berichtsjahr 2020/21 werden sich die beiden wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen, Christiane Howe und Dorte Flothmann verstärkt um die wissenschaftliche Hilfskraft Anna Otten mit den Themenaspekten von Verletzlichkeit, Resilienz und Opferschutz befassen.

Am 04./05. März 2020 fand im Rahmen einer Verbundkonferenz in Münster auch die Prüfung der Projektmeilensteine statt. Die *migsst*-Partner konnten gegenüber dem Projektträger VDI und dem BMBF deutlich machen, dass der Zeit- und Arbeitsplan eingehalten sowie alle versprochenen Leistungen erbracht wurden und dem Projekterfolg aktuell nichts entgegensteht. Auf dieser Grundlage wurde die weitere Förderung bewilligt.

Einblicke in Zwischenergebnisse des Projekts vermitteln die *migsst*-Working Paper auf der *migsst*-Homepage (Rubrik Publikationen)

### **Publikationen im Berichtsjahr**

Frevel, B.; Howe, C. (2020): Vulnerabilität in migrantisch geprägten Quartieren. Forschungsprojekt Migration und Sicherheit in der Stadt – *migsst*“. In Groß, H.; Schmidt, P. (Hg.): Empirische Polizeiforschung XXIII: Polizei und Migration. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 67-89.

Frevel, B. (Hg.) (2020): Working Paper Nr. 3: Methodisch-theoretisches Vorgehen im Forschungsprojekt *migsst*: URL: [https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr3\\_Methoden.pdf](https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr3_Methoden.pdf)

Frevel, B. (Hg.) (2020): Working Paper Nr. 5 (draft): Migration and Safety in the City. An international View. URL: [https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr5\\_International.pdf](https://www.migsst.de/onewebmedia/WP%20Nr5_International.pdf)

Politische Bildung und Polizei – PolBiP (Bernhard Frevel)

**Projektbeginn:** März 2019

**Projektende:** Dezember 2021

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 34 LVS für Bernhard Frevel; keine finanzielle Förderung

Das Projekt PolBiP wurde im IPK-Rechenschaftsbericht 2018/19 ausführlich vorgestellt. Seit dem 1.3.2019 läuft das mit dem wissenschaftlichen Mitarbeiter Philipp Kuschewski organisatorisch an der DHPol angesiedelte, von Prof. Dr. Bernhard Frevel wissenschaftlich geleitete Modellprojekt mit der Förderung durch die Bundeszentrale für politische Bildung.

Im Berichtsjahr 2019/20 wurden zwei neue Tagungsformate als Schwerpunkte der Pol-BiP-Arbeit erstmals durchgeführt.

- Im *Gesprächsforum PolBiP* kommen Lehrende von Polizei aus- und fortbildenden Institutionen, Wissenschaftler\*innen, Politische Bildner der Zivilgesellschaft und weitere Interessierte zusammen, um über Themen- und Handlungsfelder der politischen Bildung für die Polizei zu diskutieren und Gestaltungsfragen der Bildungsarbeit zu beraten.

Am 28. und 29. November 2019 fand an der KZ-Gedenkstätte Neuengamme das Gesprächsforum zum Thema „Polizei und historisch-politische Bildungsarbeit an Geschichtsorten und Gedenkstätten“ statt. Seitens der HSPV war Bernhard Frevel als Tagungsleiter wie auch als Referent zum Thema „Exkursionen“ beteiligt. Zudem nahmen RR Dr. Christoph Riederer und der an der HSPV in Münster nebenamtlich Lehrende Peter Römer von dem Geschichtsort „Villa ten Hompel“ mit einem Beitrag über forschendes Lernen an der Veranstaltung teil.

- Das *Fachforum PolBiP* richtet sich mit einer methodisch-didaktischen Ausrichtung primär an Lehrende von Polizei aus- und fortbildenden Institutionen.

Die Auftaktveranstaltung der Tagungsreihe fand am 07.02.2020 im Bundespolizeiaus- und -fortbildungszentrum Swisstal statt und widmete sich der „Entwicklung von Menschenrechtsbewusstsein im Kontext der polizeilichen Aus- und Fortbildung“. Die Tagung wurde von Bernhard Frevel geleitet. Als Referent\*innen aus der HSPV weiterhin waren Prof. Dr. Vanessa Salzmann, Prof. Dr. Jonas Grutzpalk und Prof. Dr. Tobias Trappe in das Programm eingebunden.

Die Beiträge zu den Tagungen werden in der neuen Schriftenreihe „Forum Politische Bildung und Polizei“ im Zeitschriftenformat beim Verlag für Polizeiwissenschaft dokumentiert.

Neben der Durchführung von Gesprächs- und Fachforen ist die weitere Entwicklung der PolBiP-Datenbank mit Hinweisen für die inhaltliche, methodische, didaktische und organisatorische Gestaltung von Bildungsmaßnahmen Aufgabe des Projekts (vgl. <https://www.bpb.de/lernen/projekte/271771/datenbank-politische-bildung-und-polizei>). Zudem wird die wissenschaftliche Analyse zu den Bedingungen und Anforderungen an politische Bildung für die Polizei weiter vorangetrieben.

### **Publikationen im Berichtsjahr**

Kopke, C.; Kuschewski, P. (2020 i.E.): Das Kooperationsprojekt „Politische Bildung und Polizei“. In: N.N. (Hg.) (2020): Prävention und Demokratieförderung. Ausgewählte Beiträge des 24. Deutschen Präventionstages. Mönchengladbach: Forum Verlag Godesberg.

Kuschewski, P. (2020, i.E.): Politische Bildung in der polizeilichen Ausbildung: „Labeln“ + „Labeln“ = „Politisch bilden“? In: Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung.

Cyberangriffe gegen Privatnutzer (Gina Wollinger)

**Projektbeginn:** September 2019

**Projektende:** August 2021

**Förderung im Berichtsjahr:** Deputatsreduktion von 76 LVS für Gina Wollinger; keine finanzielle Förderung

Die private Internetnutzung ist ein fester Bestandteil im Alltag der meisten Menschen. Laut dem Bundesamt für Statistik verfügten im Jahr 2015 85% der privaten Haushalte in Deutschland über einen Internetzugang (Statistisches Bundesamt 2016: 207). Dabei sind die Aktivitäten, die online durchgeführt werden so zahlreich wie Offline-Aktivitäten und reichen von Kommunikation über Online-Shopping bis hin zu Online-Banking. Mit diesen Möglichkeiten sind jedoch auch Gelegenheiten für verschiedenste Straftaten geschaffen. Gerade sehr bekannte Vorfälle wie das „I-Love-You“- oder auch das „Wanna-Cry“-Virus zeigen die Anfälligkeit der IT-Systeme. Dabei geht es nicht nur um Zerstörung von Daten, Hard- oder Software äquivalent zu Vandalismusedelikten. Neue Formen der Erpressung basieren auf dem Einsatz von Schadsoftware zur Datenverschlüsselung und erzwingen Zahlungen in Kryptowährungen. Daneben finden online auch Straftaten statt, die ebenso aus der sogenannten analogen Lebenswelt bekannt sind wie beispielsweise Cybermobbing und -stalking.

Im Gegensatz zu der Verbreitung von Straftaten im Bereich Cybercrime gegen Privatnutzer/innen hat sich die kriminologische Forschung bisher nur gering dieser Thematik gewidmet. Vor allem mangelt es an umfangreichen Erkenntnissen zu Risikofaktoren bzw. an Untersuchungen zu wirksamen Schutzmaßnahmen vor Cybercrime. Ferner besteht eine Forschungslücke hinsichtlich der Reaktionen von Betroffenen, insbesondere im Zusammenhang mit der Anzeigebereitschaft und der Erfahrung mit den Strafermittlungsbehörden. Des Weiteren ist wenig bekannt über Täterschaft allgemein und Täter/innen-Opfer-Beziehungen im Besonderen im Kontext von Cybermobbing und -stalking, die nicht das Jugendalter betreffen.

Das hier dargestellte Forschungsvorhaben adressiert mit einer repräsentativen Dunkelfeldbefragung von 10.000 Einwohner/innen (ab 16 Jahre) in Niedersachsen die skizzierte Forschungslücke. Erstmals soll dabei eine umfangreiche Befragung stattfinden, die ausschließlich das Thema Cybercrime im Kontext der Personen- und Verhaltensmerkmale der Internetnutzer/innen untersucht und dabei die Vielzahl unter-

schiedlicher Cybercrime-Delikte berücksichtigt. Eine weitere Innovation des Vorhabens besteht darin, nicht nur Opferwerdung sondern auch Täterschaft in diesem Phänomenbereich zu erforschen. Aufbauend auf den Ergebnissen der Repräsentativbefragung sollen durch qualitative Interviews mit Betroffenen von Cybercrime vertiefende Kenntnisse über u.a. Prävention, Erfahrung mit Ermittlungsbehörden sowie die Anzeigebereitschaft generiert werden.

Das Forschungsprojekt hat in diesem Jahr begonnen. Es wurden Vorbereitungen zur Durchführung der Befragung getroffen (Stichprobenziehung etc.). Ferner wurde der Fragebogen konstruiert und ein Pretest durchgeführt. Die Befragung soll im zweiten Halbjahr dieses Jahres beginnen und auch die Corona-Lage berücksichtigen.

Es konnte eine Publikation, basierend auf bisherigen Daten, fertiggestellt und veröffentlicht werden.

### **Publikation im Berichtsjahr**

Dreißigacker, A., von Skarczynski, B., Bergmann, M.-C., Wollinger, G. R. (2020). Cyberangriffe gegen private Internetnutzer\*innen. In Gleiches Risiko für alle? In Rüdiger, T.-G.; Bayerl, P. S. (Hg.): Cyberkriminologie. Kriminologie für das digitale Zeitalter. Wiesbaden: Springer VS, S. 319-344.

Geplante Vorträge mussten leider aufgrund der Corona-Pandemie abgesagt werden.

### **Veranstaltungen und Veranstaltungskooperationen**

Der für Herbst 2019 geplante dritte Workshop der Reihe „Polizist\_innen forschen“ wurde abgesagt, da nicht ausreichend Referent/innen Abstracts für Tagungsbeiträge eingereicht hatten.

Durch Vanessa Salzmänn wurde das diesjährige IPK-Symposium „Cybergrooming“ geplant, das coronabedingt verschoben werden musste.

Das Sicherheitspolitische Forum zum Themenfeld Extremismus bei der Polizei, dessen Durchführung im Berichtsjahr geplant war, war ebenfalls von den Auswirkungen der Corona-Pandemie betroffen. Sowohl der Vortrag des Gastredners Martin Thöne (FHöV Thüringen) als auch der zugehörige Workshop mussten aufgrund der Corona-Pandemie auf den November 2020 verschoben werden.

Sebastian Burbach hat für das Berichtsjahr die Veranstaltung „Qualitätssicherung der polizeilichen Verkehrsunfallaufnahme - Mängel in der Vorgangsfertigung“ vorbereitet und bereits Referent/innen angefragt. Aufgrund der Corona-Pandemie wurde die Durchführung der Veranstaltung verschoben und ist nun im Frühjahr des Jahres 2021 geplant.

## Publikationen unter Beteiligung von Mitgliedern des IPK

Die Liste der Publikationen, an denen IPK-Mitglieder im Berichtsjahr beteiligt waren, umfasst sowohl Beiträge, die direkt aus IPK-geförderten Projekten entstanden sind, als auch solche, die von den Mitgliedern in anderen Kontexten verfasst wurden. IPK-Mitglieder sind in den aufgeführten Publikationen **fett** markiert.

**Bode, F.;** Seidensticker, K. (Hg.) (2020): Predictive Policing - Eine Bestandsaufnahme für den deutschsprachigen Raum. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

**Burbach, S.** (2020): Skript zur Verkehrssicherheitsarbeit an der Hochschule für Polizei und öffentliche Verwaltung Nordrhein- Westfalen. Verhaltensrechtliche Vorschriften nach der StVO und StVZO (Betriebs- und Ausrüstungsvorschriften nach der StVZO).

**Dienstbühl, D.** (2020): Impulse zur Präventionsarbeit im Kontext Clankriminalität (Teil 2). In Forum Kriminalprävention, 2/2020, S. 19-21.

**Dienstbühl, D.** (2020): Impulse zur Präventionsarbeit im Kontext Clankriminalität (Teil 1). In Forum Kriminalprävention, 1/2020, S. 31-35.

**Dienstbühl, D.** (2020): Patriarchale Familienstrukturen als Wurzel von Parallelgesellschaften. Erziehung und Ehrempfinden als Problem für die Sicherheitsbehörden. In Kriminalistik, 5/2020, S. 319-323.

**Dienstbühl, D.** (2020): Facebook & Co.: Ermittlungshilfe in der polizeilichen Arbeit? Social Media als Recherchemedium. In Deutsches Polizeiblatt (DPolBl), 3/2020, S. 17-20.

**Dienstbühl, D.** (2020): Gefährliche Provokation. Krawall während Hochzeitsfeiern in Städten und auf Autobahnen. In Publicus, 1/2020.

**Dienstbühl, D.;** Sommer, N. (2020): Sicherheit für Mitarbeiter im Öffentlichen Dienst. Gefahrensituationen erkennen, Schutzkonzepte entwickeln. Stuttgart: Boorberg Verlag.

**Dienstbühl, D.** (2019): Zwischen Zustimmung und Kritik. Maßnahmen gegen Clankriminalität in der Diskussion. In Homeland Security, 3/2019, S. 5-10.

**Dienstbühl, D.** (2019): Rekrutierung und Radikalisierung im Internet. Psychologische Aspekte extremistischer Mediennutzung. In Bude, H.; Wirth, I. (Hg.): Grenzerfahrungen: Migration, Flucht, Vertreibung und die deutschen Verhältnisse. Gießen: Psycho-sozial Verlag.

Dreißigacker, A.; von Skarczinski, B.; **Wollinger, G. R.** (2020a): Cyberangriffe gegen Unternehmen in Deutschland. Ergebnisse einer repräsentativen Unternehmensbefragung 2018/2019. KFN-Forschungsbericht Nr. 152. Hannover: Kriminologisches Forschungsinstitut Niedersachsen e.V.

Dreißigacker, A.; von Skarczinski, B.; **Wollinger, G. R.** (2020b): In Im Visier. iX (6), S. 78-81.

Dreißigacker, A.; von Skarczynski, B.; Bergmann, M.-C.; **Wollinger, G. R.** (2020): Cyberangriffe gegen private Internetnutzer\*innen. Gleiches Risiko für alle? In Rüdiger, T.-G.; Bayerl, P. S. (Hg.): Cyberkriminologie. Kriminologie für das digitale Zeitalter. Wiesbaden: Springer VS, S. 319-344.

**Frevel, B.** (2021, i.E.): Mehr Community Policing in Deutschland?! Ein sicherheits- und polizeipolitischer Essay. In Barthel, C. (Hg.): Proaktive Sicherheitspolitik als Führungs- und Managementaufgabe in Polizei und Kommunen. Heidelberg: Springer Gabler.

**Frevel, B.**; Schulze, V. (2021, i.E.): Sicherheitsarbeit in „schwierigen“ Quartieren. In Barthel, C. (Hg.): Proaktive Sicherheitspolitik als Führungs- und Managementaufgabe in Polizei und Kommunen. Heidelberg: Springer Gabler.

**Frevel, B.**; Groß, H. (2020, i.E.): Innere Sicherheit. In Böhm, K.; Köckler, H. (Hg.): Gesundheit in gesamtgesellschaftlicher Verantwortung. Das Konzept Health in All Policies und seine Umsetzung in Deutschland. Wiesbaden: Springer VS.

**Frevel, B.**; Kuschewski, P. (2020, i.E.): Politische Bildung in der und für die Polizei – Gegenwartsbefunde, Einschätzungen und Perspektiven. In Lange, H.-J.; Wendekamm, M. (Hg.): Zukunft der Polizei – Wie sieht das künftige polizeiliche Bildungssystem aus (Arbeitstitel). Wiesbaden: Springer VS.

**Frevel, B.**; Schulze, V. (2020, i.E.): Local Security Governance in Vulnerable Residential Areas. In Jacobs, G.; Soujanen, I.; Horton, K.; Bayerl, P.S. (Hg.): International Security Management: New Solutions to Complexity. Wiesbaden: Springer VS.

**Frevel, B.**; Howe, C. (2020): Vulnerabilität in migrantisch geprägten Quartieren. Forschungsprojekt Migration und Sicherheit in der Stadt – *migss*<sup>4</sup>. In Groß, H.; Schmidt, P. (Hg.): Empirische Polizeiforschung XXIII: Polizei und Migration. Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 67-89.

**Frevel, B.**; **Salzmann, V.** (Hg.) (2020): Polizei in Staat und Gesellschaft. Hilden: Verlag deutsche Polizeiliteratur (2. Auflage, 2019).

**Frevel, B.**; Riederer, C. (2019): „Immer schlimmer, immer öfter, immer mehr“? Fußball und Gewalt im Spiegel der Medien seit den 1970er Jahren. In Kubera, T.; Kugelmann, D. (Hg.): Fußballgroßveranstaltungen im Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Sicherheit. Eine wissenschaftliche Untersuchung zur Bedeutung von Kommunikation und Dialog. Wiesbaden: Springer VS, S. 33-49

**Frings, C.**; **Kersting, S.** (2020): Wahllichtbildvorlagen – Ein Forschungsprojekt zur Validität. In: Kriminalistik, 2/2020, S. 100-105.

**Gammon, L.**; **Klein, M.** (2019): Häusliche Gewalt, Gefahrenprognose und Effektivierung des Opferschutzes. In Kriminalistik, 11/2019, S. 654-660.

**Grumke, T.**; van Hüllen, R. (2019): Der Verfassungsschutz. Grundlagen. Gegenwart. Zukunft?. Opladen: Barbara Budrich (2. überarbeitete Aufl.).

**Grumke, T.** (2019): „Politischer Extremismus und Terrorismus". In **Frevel, B.; Salzmann, V.** (Hg.): Polizei in Staat und Gesellschaft. Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge, Hilden: Verlag dt. Polizeiliteratur (2., überarbeitete Aufl.), S. 53-72.

**Grumke, T.** (2019): „Rezension Tanjev Schulz: 'NSU'". In Backes, U.; Gallus, A.; Jesse, E.; Thieme, T. (Hg.): Jahrbuch Extremismus & Demokratie, Baden-Baden: Nomos, 359-361.

**Grumke, T.** (2019): "Erlebniswelt Demokratie". In FES info, 03/2019, S. 42-43.

Hellmann, J. H.; Forthmann, B.; Knausenberger, J.; **Hellmann, D. F.**; Rees, J. H.; Gansel, E.; Back, M. D.; Echterhoff, G. (2020, i.E.): Support for refugee integration in West and East Germany: Results from two lost letter studies. In Social Psychology.

**Hellmann, D. F.**; Posch, L. (2020, i.E.): Empirische Forschung zum Thema Stalking – Ein Überblick über aktuelle nationale und internationale Befunde. In Behrmann, A.; Riekenbrauk, K.; Stahlke, I., Temme G. (Hg.): Handbuch Psychosoziale Prozessbegleitung. Leverkusen-Opladen: Barbara Budrich.

Initiative Polizei in der Wissenschaft (**Grutzpalk, J.**; Hunold, D.; Lehmann, L.; **Pollich, D.**; Pudlat, A., Schütte, P.; Wendekamm, M.) (2020): Sozialwissenschaften für die Polizei. Reihe Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung (Reihenherausgeber **J. Grutzpalk**).

**Kersting, S.; Frings, C.** (2020): Wahllichtbildvorlagen – Ein Forschungsprojekt zur Validität. Teil 2: Ergebnisse. In Kriminalistik, 5/2020, S. 324-329.

**Klein, M.** (2019): Nachtzeit, Einrichtung von richterlichen Bereitschaftsdiensten, Gefahr in Verzug. In Kriminalistik 8/9/2019, 526-529.

Körner, S.; **Staller, M.** (2020, i.E.): Begrenzen für mehr Freiheit: Der Constraints-Led Approach als trainingspädagogische Perspektive auf das Design von Lehr-Lernsettings in- und außerhalb des Sports. In Vogt, T. (Hg.): Vermittlungskompetenz in Sport, Spiel und Bewegung: Sportartspezifische Perspektiven. Aachen: Meyer & Meyer.

Körner, S.; **Staller, M.**; Kecke, A. (2020, i.E.): „Eine Technik wäre nicht schlecht gewesen..." Lineare versus nichtlineare Vermittlung im Einsatztraining. In Impulse.

Körner, S.; **Staller, M.** (2020): Training für den Einsatz I: Plädoyer für ein evidenzbasiertes polizeiliches Einsatztraining. In Die Polizei 111(5), S. 223-231.

**Kursawe, J.** (2019): Afghanistan's illegal opium economy. In Development and Cooperation, 1-2/2019, S. 34-35.

**Kursawe, J.** (2019): Illegale Drogen als Wirtschaftsfaktor in Afghanistan. In Entwicklung und Zusammenarbeit, 1-2/2019, S. 34-35.

Niehaus, S.; **Reutemann, M.** (Hg.)(2019): Sexualstrafrechtsreform. Praxis der Rechtspsychologie, 27(1).

**Piasecki, S.; Dienstbühl, D.** (2020): Kriminalität und Unsicherheit im virtuellen Raum: Perspektiven aus Kriminologie und Medienpädagogik. In Rüdiger, T.-G.; Bayerl, P.S. (Hg.): Cyberkriminologie: Kriminologie für das digitale Zeitalter. Wiesbaden: Springer VS, 489-505.

**Pollich, D.** (2020): Sonderfall Kriminologie in der polizeilichen Ausbildung - eine "polizeispezifische Sozialwissenschaft"? In Initiative Polizei in der Wissenschaft (Hg.): Sozialwissenschaften für die Polizei. Reihe Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung (Reihenherausgeber J. Grutzpalk). S. 35-39.

**Pollich, D.** (2020): „Gelegenheit macht Opfer“? Tatörtlichkeiten und Tatsituationen von Kriminalität gegen wohnungslose Menschen. In *Wohnungslos* 2/2020, S. 40-45.

**Pollich, D.** (2019): Zählung eines "unsichtbaren" Phänomens? Möglichkeiten der Erfassung des Ausmaßes von Gewalt gegen Wohnungslose. In Jordan, Rolf (Hg.): "... ohne Wohnung ist alles nichts". Materialien zur Wohnungslosenhilfe - Band 66. S. 201-219. Berlin: BAG W-Verlag.

**Pollich, D.; Stewen, M.; Erdmann, J.; Meyer, M. & Mahle, C.** (2019): Sexuelle Gewalt gegen Frauen. Lehr- und Studienbriefe Kriminalistik/Kriminologie. Band 25. Hilden: Verlag deutsche Polizeiliteratur.

**Reutemann, M.; Kersting, S.; Naplava, T.** (2019): Deeskalative Wirkung, Wirkweise und Akzeptanz von Bodycams im Wachdienst der Polizei Nordrhein-Westfalen. In *Praxis der Rechtspsychologie*, 30(1), S. 5-25.

**Salzmann, V.** (2020, i.E.): Förderung des Menschenrechtsbewusstseins durch Anlass- und Lebensweltbezug. In **Frevel, B.; Kuschweski, P.** (Hg.): Schriftenreihe Forum Politische Bildung und Polizei. Frankfurt/M.: Verlag für Polizeiwissenschaft.

**Salzmann, V.; Kurbacher, F.** (2020): Zur einsatztaktischen, organisationssoziologischen und ethischen Problematik der NSU-Fälle. In **Borowski, M.** (Hg.): *Polizei. Wissen, Ethik für die Polizei.* Frankfurt/M.: Verlag für Polizeiwissenschaften, S. 28-34.

**Salzmann, V.** (2019): Die Sozialstruktur Deutschlands. In **Frevel, B.; Salzmann, V.** (Hg.): *Polizei in Staat und Gesellschaft, Politikwissenschaftliche und soziologische Grundzüge.* Hilden: Verlag Deutsche Polizeiliteratur, 2. Auflage, S. 121-141.

**Seidensticker, K.; Bode, F.** (2020): "Polizieren im Wandel: Aktuelle Entwicklungen im Kontext prädiktiver Analysen". In *Predictive Policing - Eine Bestandsaufnahme für den deutschsprachigen Raum.* Frankfurt a.M.: Verlag für Polizeiwissenschaft, S. 7-13.

**Staller, M.; Körner, S.** (2020, i.E.): Komplexe Gewaltprävention: Zum Umgang mit Gewalt auf individueller Ebene. In *Österreichische Zeitschrift für Soziologie.* <http://doi.org/10.13140/RG.2.2.34275.30246>

**Staller, M.; Körner, S.** (2020, i.E.): Kampfsport Coaching in Corona Krisenzeiten - Herausforderungen, Möglichkeiten und Grenzen. In *Leistungssport.*

**Staller, M.;** Körner, S.; Abraham, A. (2020, i.E.): Beyond technique – The limits of books (and online videos) in developing self defense coaches' professional judgement and decision making in the context of skill development for violent encounters. In *Acta Periodica Duellatorum*. <http://doi.org/10.13140/rg.2.2.21865.95848>

**Staller, M.;** Heil, V.; Koch, R.; Körner, S. (2020): "Playing Doom" – A design case in self-defense training. In *International Journal of Designs for Learning* 11(2), S. 9 - 16.

**Staller, M.;** Körner, S. (2020): Selbstverteidigungstraining unter COVID-19: Entwicklungsmöglichkeiten und Potentiale. In: *Journal of Martial Arts Research*, 3(3), S. 1–9.

**Staller, M.;** Körner, S. (2020): Training für den Einsatz II: Plädoyer gegen das Training isolierter Komponenten im polizeilichen Einsatztraining. In *Die Polizei* 111(6), S. 223-231.

**Staller, M.;** Körner, S. (2019): Commentary: Complex Motor Learning and Police Training: Applied, Cognitive, and Clinical Perspectives. In *Frontiers in Psychology*, 10(2444), S. 1–3. <http://doi.org/10.3389/fpsyg.2019.01797>

**Staller, M.;** Körner, S. (2019): Quo vadis Einsatztraining? In Kühne, E. (Hg.): *Die Zukunft der Polizeiarbeit - die Polizeiarbeit der Zukunft - Teil II* (S. 321–364). Rothenburg: Eigenverlag der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH).

Stewen, M.; **Pollich, D.** (2020): Kriminalistische Praxis meets Sozialwissenschaften. Zum Potenzial sozialwissenschaftlicher Methodik für die Kriminalistik. In *Initiative Polizei in der Wissenschaft* (Hg.): *Sozialwissenschaften für die Polizei*. Reihe Polizei. Wissen. Themen polizeilicher Bildung (Reihenherausgeber J. Grutzpalk). S. 41-47.

Werner, S.; Körner, S.; **Staller, M.** (2020, i.E.): Vermittlungsmethoden: Kämpfen im Schulsport im Spannungsfeld zwischen Tradition und Nicht-Linearität. In Vogt, T. (Hg.): *Vermittlungskompetenz in Sport, Spiel und Bewegung: Sportartspezifische Perspektiven*. Aachen: Meyer & Meyer.

## **Externe Tagungen und Vorträge von Mitgliedern des IPK**

Neben den Beiträgen in vom IPK allein oder mit Partnern getragenen Veranstaltungen nahmen die Mitglieder im Berichtsjahr auch an zahlreichen externen wissenschaftlichen Veranstaltungen und Fachtagungen teil und präsentierten dort Arbeits- und Forschungsergebnisse, die in IPK-geförderten Projekten und darüber hinaus entstanden sind.

### **September 2019**

Dorothee Dienstbühl referiert an einer Fachtagung des Bdk Bundespolizei in Diez über „Clankriminalität. Arabische Familienclans und ihr Bezug zum Islam“

Dorothee Dienstbühl referiert zum Thema „Die Sicherheitslage in Deutschland im Zeitalter von Terrorismus und Clankriminalität“ am GSI Bonn (Schöffenseminar)

Bernhard Frevel hält einen Vortrag zum Thema „Sicherheit als Gemeinschaftsaufgabe: Qualitative Aspekte kooperativer Sicherheitsgewährleistung“ anlässlich der Konferenz „Kommunale Prävention – Impulse und Vernetzung“ des Deutschen Forums für Kriminalprävention und des Nationalen Zentrums für Kriminalprävention in Bonn

Jonas Grutzpalk referiert zum Thema "Wer oder was ist die Öffentlichkeit?" an der DHPol, Hiltrup

Michael Reutemann, Thomas Naplava, Marie, Carola Scheer-Vesper und Stefan Kersting referieren zum Thema „Bodycams im Wachdienst der Polizei NRW: (Deeskalative) Wirkung, Wirkweise und Akzeptanz“ Vortrag anlässlich der 18. Tagung der Fachgruppe Rechtspsychologie der DGPs in Hildesheim

### **Oktober 2019**

Bernhard Frevel wirkt an der Podiumsdiskussion der Konferenz „Sicher leben in der Stadt – Herausforderung für Forschung und Praxis“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung in Duisburg mit

Mario Staller hält mit verschiedenen Koautor/innen zahlreiche Vorträge im Rahmen der 8. Jahrestagung der dvs-Kommission Kampfkunst und Kampfsport in Vechta, im Einzelnen: „Guardians and Warriors – Die polizeiliche Grundhaltung von Polizeianwärt\*innen in Nordrhein-Westfalen“, „Situativität im Coaching“, „Zwischen Irritation und Indifferenz – Die Polizei als lernende Organisation? Eine Fallanalyse“, „Geht da mehr? – Vergleich linearer und nicht-linearer Trainingspädagogik im Einsatztraining von Polizist\*innen“, „„Das ist anders geworden...“ – Sichtweisen von Einsatztrainer\*innen auf Polizeianwärt\*innen“. „„Pädagogik..., hat man oder hat man nicht...“ – Zur Rolle von Pädagogik im Einsatztraining der Polizei“, „„Weil mein Background da war ...“ – Biographische Effekte bei Einsatztrainern\*innen“, „„Es ist ja immer irgendwie eine andere Situation...“ – Konflikt- versus Trainingserfahrungen von Polizist\*innen“, „Aggressionen und Gewalt gegen Beschäftigte der Kommunalverwaltung der

Stadt Iserlohn“, „Die Entwicklung des Polizeiliches Einsatztrainings – Fallstudie Bundespolizei“, „Der Umgang von Polizeikommissaranwärter\*innen mit der Schusswaffe im Verlauf der Ausbildung“, „Coaching im Kampfsport: Zur Konzeptualisierung des Handelns als Trainer\*in“, „Fertigkeitsentwicklung im Einsatztraining: Zur Problematik der Isolation“, „Komplexe Gewaltprävention: Reflexionen zum Umgang mit Gewalt“, „The dark side of self-defence: Erkenntnisse aus der Aggressionsforschung“, „Das Partner-Interaktions-Modell für physische Simulationen: Validierung durch Trainierende im polizeilichen Einsatztraining“, „Sicherheit im Zug – Eine trainingspädagogische Analyse der Sicherheitslage im Regio Zug NRW 2016 bis 2018.“, „„War ne Runde Sache“ – Die reflexive Coaching Praxis von polizeilichen Einsatztrainer\*innen“; zu den Vorträgen wurden jeweils Abstracts publiziert

### **November 2019**

Dorothee Dienstbühl referiert zum Thema „Wie gut gelingt es, Taten & Täter zu ermitteln? Erfolge und Problembereiche, insbesondere auch mit Blick auf die grenzüberschreitende Kriminalität, die sozialen Medien und die digitale Welt“ am GSI Bonn (Schöffenseminar)

Dorothee Dienstbühl referiert auf einer KFN Fachtagung in Wiesbaden zum Thema „Psychologische Faktoren der Radikalisierung“

Bernhard Frevel hält einen Vortrag mit dem Titel „Standortprofil... aus Sicht der Wissenschaft“ im Rahmen der 2. Essener Sicherheitskonferenz „Sicherheit als Standortvorteil“

Bernhard Frevel referiert zum Thema „Ethnische Segregation als Risikofaktor für Kriminalität?“ im Rahmen der Konferenz „Die Organisation des friedlichen Zusammenlebens im Spannungsfeld von Migration, Integration und Sicherheit“ der DHPol und DEFUS in Hilstrup

Bernhard Frevel leitet die Tagung des Gesprächsforums Politische Bildung und Polizei „Polizei und historisch-politische Bildungsarbeit an Geschichtsorten und Gedenkstätten“ in der KZ-Gedenkstätte Neuengamme und den Workshop „Exkursionen und Studienfahrten“

Thomas Grumke moderiert die Veranstaltung "Einstiegsprozesse in den Rechtsextremismus und Islamismus" der Landeszentrale für politische Bildung NRW in Bonn

Thomas Grumke referiert bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Dresden zu "Rechtsextremismus im Internet"

Jonas Grutzpalk hält einen Vortrag über „Politische Graffiti“ bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Düsseldorf

Janet Kursawe hält einen Vortrag zum Thema "Transnationale Organisierte Kriminalität" und leitet einen Workshop zum Thema "Transnationale Organisierte Kriminalität in Iran" an der Bundesakademie für Sicherheitspolitik in Berlin

Vortrag von Janet Kursawe mit dem Thema „Die Rolle von Religion in Politik und Gesellschaft“ und Teilnahme an der Podiumsdiskussion mit Bassam Tibi zum Thema "Religion und Gesellschaft" im Rahmen der Veranstaltung "Dialog der Religionen" des Netzwerks NRWeltoffen in Minden

Michael Reutemann hält einen Vortrag zum Thema „Bodycams im Wachdienst der Polizei NRW“ anlässlich der Tagung Polizeipsychologie an der Hochschule für Wirtschaft und Recht in Berlin

### **Dezember 2019**

Dorothee Dienstbühl hält den Vortrag „Aktuelle und zukünftige Gefährdungslagen durch Extremismus und Terrorismus im öffentlichen Leben“ am IBZ Schloss Gimborn (Polizei- interner Workshop) in Marienheide

Gina Wollinger hält einen Vortrag zu „Cybercrime als Gefahr für Unternehmen“ an der Universität Wuppertal, Lehrstuhl für Bevölkerungsschutz, Katastrophenhilfe und Objektsicherheit

### **Januar 2020**

Felix Bode hält einen Vortrag zu „Predictive Policing“ auf der 1st International Conference ICT 2020 in Sevilla, Spanien

Gina Wollinger trägt zum Thema „Cybercrime against businesses“ auf der Konferenz Law & Criminology in the new digital era in Sevilla, Spanien vor

### **Februar 2020**

Felix Bode referiert zum Thema Predictive Policing im Rahmen der Fortbildung "Junge Führungskräfte im höheren Dienst" an der DHPOL, Hilstrup

Felix Bode trägt zu „Grenzen und Möglichkeiten polizeilicher Prognoseinstrumente“ an der Universität Düsseldorf (Vortragsreihe Künstliche Intelligenz) vor

Bernhard Frevel leitet die Tagung des Fachforums Politische Bildung und Polizei „Entwicklung von Menschenrechtsbewusstsein im Kontext der polizeilichen Aus- und Fortbildung in Swisttal-Heimerzheim

Thomas Grumke referiert zu "Erlebniswelt Rechtsextremismus" bei der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin

Jonas Grutzpalk referiert zu "pädagogischen Formaten der Menschenrechtsvermittlung bei der Polizei" auf der Tagung des Fachforums Politische Bildung und Polizei „Entwicklung von Menschenrechtsbewusstsein im Kontext der polizeilichen Aus- und Fortbildung in Swisttal-Heimerzheim

Janet Kursawe hält Vorträge zu den Themen "Politisch und religiös motivierter Extremismus" sowie "Politischer Islam: Entwicklung und Phänomenologie" und leitet zusammen mit Prof. Dr. Denis Köhler den Workshop "Religiös und politisch motivierter

Extremismus -Gefährlichkeitsbeurteilung und Prävention" im Rahmen einer Veranstaltung der Deutschen Psychologen Akademie zum Thema "Religiös und politisch motivierter Extremismus -Gefährlichkeitsbeurteilung und Prävention" in Düsseldorf

Vanessa Salzmann verantwortet Planung, Leitung und Durchführung des Workshops „Bewusstseinsbildung durch Anlass- und Lebensweltbezug“ im Rahmen des Fachforums „Politische Bildung und Polizei – Entwicklung von Menschenrechtsbewusstsein im Kontext der polizeilichen Aus- und Fortbildung in Swisttal-Heimerzheim

### **März 2020**

Dorothee Dienstbühl referiert am KFN (Kriminologisches Kolloquium) in Hannover zum Thema „Clankriminalität“

Dorothee Dienstbühl hält den Vortrag „Clankriminalität. Familienstrukturen und Religion“, IBZ Schloss Gimborn (Seminar Clankriminalität) in Marienheide

Daniela Pollich nimmt an der Podiumsdiskussion zum Thema „Justiz- und Innenpolitik gestalten –Potentiale der Kriminal- und Strafrechtspflegestatistik nutzen und erhöhen“ im Rahmen der 8. Konferenz für Sozial- und Wirtschaftsdaten in Berlin teil

Gina Wollinger referiert zum Thema “Cyberangriffe gegen Unternehmen” im Rahmen der SecIT, Online-Konferenz

### **Mai 2020**

Thomas Grumke hält einen Vortrag zum Thema "Extremismus - Ein Begriff und viele Perspektiven" auf der Auftaktveranstaltung Extremismusbeauftragte beim LAFP NRW in Neuss

Jonas Grutzpalk hält einen Vortrag zum „Erkennen und Bewerten von Extremismen“ auf der Auftaktveranstaltung Extremismusbeauftragte beim LAFP NRW in Neuss

### **2019/2020**

Thomas Grumke führt mehrere Staatsschutzfortbildungen "Rechtsextremismus" beim LAFP NRW in Neuss durch

## **Gutachtertätigkeiten, Medienpräsenz und weitere Aktivitäten**

### **Felix Bode**

Betreuung einer Masterarbeit an der Ruhr-Universität Bochum

### **Dorothee Dienstbühl**

Zweitgutachterin einer Masterarbeit an der Universität Hamburg (Erstgutachten: Prof. Dr. Helmut Kury)

### Bernhard Frevel

Promotionsbetreuung Claudia Regler: Sicherungsverwahrung im Kontext von Sicherheitskultur. Eine sicherheitskulturelle Analyse der gesetzlichen Entwicklung der Maßregel der Sicherungsverwahrung im Deutschen Bundestag von 1994 bis 2013. (abgeschlossen 19.05.2020)

Promotionsbetreuung Tobias John: Policy-Making in Möglichkeitsräumen. Pluralisierung der Sicherheitsproduktion und Konzeption einer kontingenzsensiblen policy-analytischen Perspektive. (abgeschlossen 30.06.2020)

### Thomas Grumke

Zweitgutachter der Dissertation von Ina Fujdiak "Contemporary Cooperation between Czech and German Far Right Movements", Masaryk-Universität Brno, CZ

2.11.2019: Interview auf RTL TV zu "AtomwaffenDivision"

17.2.2020: Interview Deutschlandfunk "Rechte Terrorzellen"

20.2.2020: Interview NDR2 "Anschlag Hanau"

28.5.2020: Interview WDR Aktuelle Stunde "Polizeigewalt USA"

Sachverständiger im Innenausschuss des Landtags NRW zur Neufassung des Verfassungsschutzgesetzes am 6.2.2020

### Stefan Kersting

Mitglied im Forschungsbeirat des Forschungsprojekts „Flucht als Sicherheitsproblem“, Ruhr-Universität Bochum

Mitglied im Forschungsbeirat des Projekts „Gewalt gegen Vollstreckungsbeamte und Rettungskräfte“, DHPol

### Martin Klein

Stellungnahme zum Gesetzentwurf 7. Änderungsgesetz des PolG NRW (LT-Drs. 17/7549) und Änderungsantrag (LT-Drs. 17/7624), LT-Stellungnahme 17/2020

Zweitgutachter einer Masterarbeit der DHPol: "Die Entwicklung der Polizei im Rheinland im Zeitraum 1945 bis 1948 am Beispiel des Polizeipräsidiums Köln".

### Michael Reutemann

Mitglied des Wissenschaftlichen Beirats der Zeitschrift „Praxis der Rechtspsychologie“

### Andreas Ruch

Gutachten zu juristischen Fragestellungen des pluralen Polizierens (Zusammenarbeit verschiedener staatlicher und privater Akteure bei der Gewährleistung öffentlicher Sicherheit) im Rahmen des BMBF-geförderten Projekt PluS-i.

Download-Möglichkeit unter <https://download.plus-i.de/index.php/s/mzN3E-EXZYbjLQi>

Vanessa Salzmänn

Vorsitz der Akkreditierungskommission (AQUIN) am 24./25.02.2022 anlässlich der Reakkreditierung des Masterstudiengangs „Public Police Administration“ der Deutschen Hochschule der Polizei.

Assoziiertes Mitglied des Graduierteninstituts NRW, Fachgruppe „Sicherheit, Risiko und Resilienz“, seit Mai 2020 Mitglied der Fachgruppe „Soziales und Gesundheit“

Lehre im Modul 1 des Masterstudiengangs „Public Police Administration“ der Deutschen Hochschule der Polizei

## Ressourcenverwendung 2019/20

Die „Förderlinie 3“ zur Forschungsförderung an der HSPV NRW sieht vor, dass das IPK pro Studienjahr 1000 LVS und pro Haushaltsjahr 7.500 Euro zur selbstverantwortlichen Nutzung zur Verfügung hat. Tatsächlich wurden im Berichtsjahr durch das IPK genutzt (Stand 7.9.2020):

<i>Name</i>	<i>Projekt</i>	<i>LVS</i>	<i>Budget bewilligt</i>	<i>Budget verausgabt<sup>1</sup></i>
Pollich	Sprecherin	38 <sup>2</sup>	-	-
Salzmann	stellv. Sprecherin	57	-	-
Wickert	stellv. Sprecher	57	-	-
Dienstbühl	Gewalt und Extremismus	76	2019:125 € 2020:125 €	--
Piasecki	Gewalt und Extremismus	76	2019:125 € 2020:125 €	--
Pollich	PolBaS	57	-	-
Kersting	Wahllichtbildvorlage	36	2019:4060 € 2020:- €	1061,09 €
Frings	Wahllichtbildvorlage	36	s.o.; Projekt- mittel wer- den gesamt für beide Forscher ausgewiesen	

<sup>1</sup> Es besteht eine Inkongruenz zwischen Berichtsjahren sowie entsprechenden LVS-Reduktionen, die sich an *Studienjahren* bemessen und Haushaltsjahren, die für die Sachmittelvergabe maßgeblich sind und die *Kalenderjahren* entsprechen. Die aufgelisteten beantragten und *bewilligten* Finanzmittel werden daher nach Haushaltsjahren dargestellt, die tatsächlich *verausgabten* Mittel gemäß der Übermittlung des Dez 14 für das Berichtsjahr, d.h. das Studienjahr 2019/20. Reisekosten werden in der Verwaltung der HSPV NRW gesondert verbucht und können daher in der vorliegenden Tabelle nicht ausgewiesen werden.

<sup>2</sup> Während der Elternzeit von Daniela Pollich bis Februar 2020 übernahmen die beiden stellvertretenden Sprecher/innen die Vertretung, wodurch sich die gewährten LVS sich wie dargestellt aufteilen.

Frevel	Politische Bildung und Polizei (PolBiP) 2	34	-	
Zeitner	Umfelder 2.0	114	2019: 500 € 2020: 1000 €	128,15 €
Wollinger	Cybercrime I	76	-	-
Wollinger	Cybercrime II	76	-	
Staller	Allostatische Last	76	2019: - € 2020: 500	
Ruch	Strafprozessordnung und Sexualdelikte	38	-	
<b>Gesamt</b>		<b>847</b>	<b>2019: 4810 € 2020: 1750 €</b>	<b>1189,24 €</b>

## Planung 2020/21

Für das Studienjahr 2020/21 sind neben der Fortführung bereits laufender Forschungsprojekte der Beginn einiger neuer Projekte und die Durchführung diverser Veranstaltungen und Publikation vorgesehen. Folgende Projekte haben zum Zeitpunkt der Berichtlegung bereits eine Förderzusage des IPK erhalten oder/und werden von externen Mittelgebern (weiter) gefördert:

### **Interne Projektförderung: Weiterführung von langfristigen Forschungsprojekten**

Folgende intern geförderte, langfristig angelegte Projekte werden nach erfolgreicher Erreichung der Projektmeilensteine (unter Berücksichtigung eventueller Verzögerungen durch die Corona-Pandemie) im Berichtsjahr im kommenden Studienjahr weitergeführt (zu den Projektbeschreibungen siehe weiter oben im Text):

Gewalt und Extremismus an Nordrhein-Westfälischen Schulen (Dorothee Dienstbühl und Stefan Piasecki)

Polizeiliche Bearbeitung von Sexualdelikten „PolBaS“ (Daniela Pollich)

Umgang mit Fremdheit - Entwicklung im Längsschnitt der beruflichen Erstsozialisation 2.0 (Umfelder 2.0) (Ines Zeitner)

### **Interne Projektförderung: Neue Projekte**

Der Jugendarrest in NRW aus der Betroffenenperspektive (Laura Gammon)

Der Jugendarrest ist nach wie vor ein umstrittenes Sanktionsinstrument, welches trotz aller Kritik im Jugendstrafverfahren als häufigste freiheitsentziehende Maßnahme angeordnet wird. Die Wirksamkeit des Jugendarrestes wird aufgrund der hohen Rückfallquote von mehr als 60 Prozent regelmäßig in einem politischen, wissenschaftlichen und gesellschaftlichen Diskurs in Frage gestellt. Der Jugendarrest soll gemäß § 90 JGG das Ziel verfolgen, die Problemlagen der Jugendlichen zu überwinden, die zur jeweiligen Straftatbegehung geführt haben. Gleichzeitig soll dem Jugendlichen durch den Arrest das Unrecht seiner Tat verdeutlicht werden. Diese Dichotomie zwischen Erziehung und Strafe ist einer der Hauptaspekte der Kontroversen.

Die konkrete Ausgestaltung des Jugendarrestes ist im JGG nicht explizit geregelt. Nach der Föderalismusreform 2006 ist die Gesetzgebungskompetenz für den Jugendarrest den Ländern übertragen worden. So wurde 2013 in NRW als erstes Bundesland ein Jugendarrestvollzugsgesetz verabschiedet, welches den Ablauf des Jugendarrestes näher regelt. Mittlerweile wurden in zehn Bundesländern Jugendarrestvollzugsgesetze eingeführt. Die Umsetzung der gesetzlichen Forderungen wurde bislang noch nicht wissenschaftlich untersucht.

Diese Forschungsstudie betrachtet die Zielgruppe des Jugendarrestes, deren Subjektivperspektive in der Forschung bislang wenig Berücksichtigung gefunden hat. Im Fokus der Studie steht folgende Fragestellung:

Wie erleben die Insassen den Arrestalltag und die Betreuungsangebote?

In den fünf Arrestanstalten in NRW werden narrative Interviews zur Biographie und dem individuellen Arresterleben der Insassen geführt. In einem ersten Erhebungsschritt werden die Biographie und die ersten Eindrücke des Arrestes erhoben. Wenige Tage vor der Entlassung erfolgt ein weiteres Interview zum Arrestverlauf. Mit einem Abstand von einem halben Jahr erfolgt ein Follow-Up Interview zur Retrospektive auf den Jugendarrest, welches zu den ersten Interviews in Bezug gesetzt wird. Auf Grundlage der Ergebnisse soll die Bedeutung des Arrestes für das Leben der jungen Menschen abgeleitet werden. Ausgehend von der These, dass die gewünschten Wirkungen des Arrestes nur dann eintreten können, wenn die Zielgruppe diesem die gesetzlich vorgesehene Bedeutung zumisst, werden die Befunde dieser Studie Optimierungsmöglichkeiten für die Praxis erörtern.

Insgesamt handelt es sich um ein auf zwei Studienjahre angelegtes Forschungsprojekt, für welches durch die Antragstellerin für das Studienjahr eine Lehrdepuatsreduktion von 2020/21 90 LVS und für das Studienjahr 2021/22 eine Lehrdepuatsreduktion von 76 LVS (insgesamt 166 LVS) beantragt und durch das IPK befürwortet werden. Zusätzlich wurden, wie beantragt, für das Haushaltsjahr 2020 Sachmittel in Höhe von 250 €, für 2021 430 € und für 2022 170 € (insgesamt 850 €) zur Bewilligung empfohlen.

Weitere IPK-Mitglieder planen konkret die Einreichung von Förderungsanträgen in der zweiten Jahreshälfte 2020.

### **Drittmittel- und Auftragsforschung: Weiterführung von langfristigen Forschungsprojekten**

Folgende langfristig angelegte Drittmittelprojekte werden im kommenden Studienjahr weitergeführt (zu den Projektbeschreibungen siehe weiter oben im Text):

Migration und Sicherheit in der Stadt (migsst) (Bernhard Frevel)

Politische Bildung und Polizei – PolBiP (Bernhard Frevel)

Cyberangriffe gegen Unternehmen (Gina Wollinger)

Cyberangriffe gegen Privatnutzer (Gina Wollinger)

## **Veranstaltungen**

Die Veranstaltungsplanung für das kommende Studienjahr 2020/21 wird sicherlich noch unter den Vorzeichen der andauernden Corona-Pandemie stehen.

Zunächst ist im kommenden Studienjahr die Nachholung der oben beschriebenen Veranstaltungen „Politischer Extremismus/Terrorismus in der Aus- und Fortbildung der nordrhein-westfälischen Sicherheitsbehörden“ (Thomas Grumke), „Symposium Cybergrooming“ (Vanessa Salzmann) und „Vorgangserstellung Anzeigen und Verkehrsunfälle“ (Sebastian Burbach) geplant. Selbiges gilt für das Sicherheitspolitische Forum zum Thema „Extremismus bei der Polizei“ (Jonas Grutzpalk, Vanessa Salzmann).

Das IPK und die Veranstaltungs-Organisator/innen prüfen hierbei jeweils auch die Durchführbarkeit als Online-Konferenz.